Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal. Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonten: Dortmund 2352 und Hannover 21874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 92.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Westhofener Zeitung, Iserlohner Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 10 Pfg., Auswärtige 12 Pfg., Familien-Anzeigen 6 Pfg., Finanz-Anzeigen 12 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 145 (Erstes Blatt) — Schwerte (Ruhr), Mittwoch, den 24. Juni 1925 — 58. Jahrgang

Neues in Kürze.

Die Räumung des Ruhrgebietes.

wtb. **Paris, 23. Juni. (Sondermeldung.) Heute vormittag ist der französische Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammengetreten. Der Ministerrat billigte dabei die Maßnahmen, die der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Minister des Aeußeren hinsichtlich der Ausführung der bezüglich der Ruhrräumung übernommenen Verpflichtungen getroffen haben. Die Operationen sollen binnen kurzem beginnen.**

Die Beratung der Zollvorlage.

bb **Berlin,** 23. Juni. Im Aeltestenrat des Reichstags wurde heute beschlossen, nicht schon Anfang Juli die Beratungen auszusetzen und zur Erledigung der Zollvorlage dann etwa im August wieder zusammenzutreten, sondern nach dem bisher in Aussicht genommenen Geschäftsplan bis zum 18. Juli fortzutagen und auch bis dahin die Zollvorlage zu verabschieden. In dieser Zeit soll nur eine schon früher in Aussicht genommene kurze Pause vom 29. Juni bis zum 1. Juli eingelegt werden.

Vorstandssitzung der Zentrumspartei.

bb **Berlin,** 23. Juni. Der Reichsparteivorstand des Zentrums ist heute zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Besprechungen, die als vertraulich erklärt werden, bezogen sich inhaltlich auf die Zollvorlage, auf die Steuern und auf Presseangelegenheiten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der Ehrenpreis des Reichspräsidenten.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Der vom Reichspräsidenten anläßlich der rheinischen Tausendjahrfeier für die Siegfried-Stafel der rheinischen Städte als Wanderpreis gestiftete Ehrenpokal wurde am 21. Juni bei der Weihestunde der Sportverbände auf der Rheininsel Grafenwerth von einem Stellvertreter des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Generalkommissar Schmid, in feierlicher Form dem westdeutschen Spielverband übergeben.

Gefängnis wegen Beihilfe zum Hochverrat.

wtb. **Leipzig,** 23. Juni. (Tel.) Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der Bergarbeiter Alfred Donath aus Kottbus wegen Beihilfe zum Hochverrat, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, Verheimlichung eines Waffenlagers und Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Donath war zweiter Vorsitzender der Ortsgruppe der KPD. in Kottbus und militärischer Leiter derselben. Als solcher beherbergte er verschiedentlich Kuriere der KPD. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Sieben Monate und die Geldstrafe werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen.

Die Kriegspropaganda des Auslandes.

wtb. **Stuttgart,** 23. Juni. In Stuttgart findet unter dem Protektorat des württembergischen Staatspräsidenten Bazille, des bayrischen Ministerpräsidenten Held, des badischen Staatspräsidenten Hellpach und des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich vom 22. bis 28. Juni eine Ausstellung über die Kriegspropaganda des Auslandes statt. Sie ist vorbereitet von der Weltkriegsbücherei und dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände in Berlin. Mit der Ausstellung ist eine Schulungswoche über die Propaganda des In- und Auslandes verbunden. Gestern abend fand im Festsaal des Hauses des Deutschtums ein Begrüßungsabend statt, den der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Exzellenz v. Schnee, mit einer Rede eröffnete.

Schlägerei in der französischen Kammer.

pw. **Paris,** 23. Juni. (Tel.) In der heutigen Kammersitzung wurde der kommunistische Abg. Doriot, der eine eingebrachte Interpellation begründen wollte, von dem rechtsgerichteten Abg. Picot tätlich angegriffen, worauf sich eine regelrechte Schlägerei zwischen Kommunisten und rechtsstehenden Abgeordneten entwickelte. Durch Unterbrechung der Sitzung konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Schlägerei im litauischen Sejm.

KZ **Kowno,** 23. Juni. Im litauischen Parlament kam es bei der Beratung eines Gesetzentwurfs, der starke Einschränkungen der Presse- und Versammlungs- und der Redefreiheit vorsieht, zu großen Lärmauftritten, nachdem vorher drei Rednern der Opposition, darunter dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Grinius, das Wort entzogen worden war. Es entstand eine wüste Schlägerei, wobei Tische und Stühle zertrümmert wurden. Angehörige der christlich-demokratischen Mehrheit drangen auf Grinius ein. Er wurde schwer verletzt. Vom Präsidenten herbeigerufene Polizei brachte schließlich den Abgeordneten Grinius und seine Parteigenossen aus dem Sitzungssaal. In den Straßen hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge angesammelt, die ihrer Entrüstung über das Vorgehen gegen Grinius zum Ausdruck brachte. Das Gesetz wurde von der zurückgebliebenen Mehrheit des Sejms angenommen.

Ein neues Goldfeld entdeckt.

wtb. **London,** 23. Juni. (Tel.) Die Morningpost meldet: Der African World zufolge wurde in Britisch-Zentralafrika ein neues Goldfeld in einer Größe von 8000 Quadratmeilen im Lupatal, zwei Tagemärsche von Aberworn entfernt, entdeckt.

Wahlreform in Griechenland.

wtb. **Athen,** 23. Juni. (Tel.) Die Nationalversammlung hat heute mit 162 gegen 42 Stimmen dem Grundsatz der Verhältniswahl zugestimmt. Die Einzelberatung der verschiedenen Artikel der Wahlvorlage wird nach den Parlamentsferien beginnen.

Verlängerung der 3. Steuernotverordnung.

bb **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Dem Reichstag ist ein von den Deutschnationalen, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und dem Demokraten Abg. Freiherrn v. Richthofen unterzeichneter Gesetzentwurf zugegangen, nach dem der in Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung auf den 30. Juni 1925 bestimmte Termin **auf den 15. Juli 1925 verlegt** wird. Bekanntlich sind die Fristen der 3. Steuernotverordnung auf den 30. Juni 1925 festgesetzt. Wenn bis zu diesem Tage das Aufwertungsgesetz nicht erledigt ist, dann würde ein gesetzloser Zustand eintreten. Es erscheint aber unmöglich, innerhalb dieser Woche, die mit Zollberatungen in der ersten Phase ausgefüllt sein wird, mit der Aufwertung zu Ende zu kommen, geschweige denn sie im Plenum in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grunde ist die Verlängerung der Geltungsdauer der dritten Steuernotverordnung notwendig geworden.

Der Antrag geht dahin, daß der im Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung vom 27. März 1925 auf den 30. Juni 1925 bestimmte Termin auf den 15. Juli 1925 verlängert wird. Es handelt sich also um ein Notgesetz, das erledigt sein soll, wenn die Aufwertung im Reichstag genehmigt ist. Im Artikel 3 des Antrages heißt es, daß die gemäß § 5 der dritten Steuernotverordnung geschuldeten Zinsen nicht vor dem 1. August 1925 fällig waren. Der Gläubiger kann die Annahme einer früheren Zahlung ablehnen.

Die Frage der Regierungsbildung in Preußen.

bb **Berlin,** 23. Juni. Der Preußische Landtag ist heute wieder zusammengetreten und die Parteien haben von neuem ihre Beratungen begonnen, wobei natürlich auch über die Lage in Preußen gesprochen wird. Auch die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages ist heute vormittag zu einer längeren Sitzung zusammengetreten. Wie verlautet, hält die Fraktion an ihrem zur Frage der Regierungsumbildung gefaßten Beschluß vom 9. Juni 1925 unverändert fest; sie ist der Auffassung, daß die Umbildung der preußischen Regierung mit größter Beschleunigung durchgeführt werden muß. Die Fraktion beauftragt die Unterhändler, in diesem Sinne unverzüglich weiter zu verhandeln. Der Beschluß der Zentrumsfraktion vom 9. Juni ging dahin, daß alles versucht werden müsse, um die Besprechungen über die Erbreiterung der politischen Basis des Kabinetts nach rechts wie nach links mit allem Nachdruck fortzuführen.

Die Bautätigkeit in den Nachkriegsjahren.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) In der heutigen Sitzung des **Wohnungs- und Siedlungsausschusses des Reichstags** führte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns u. a. folgendes aus: Die Bautätigkeit im Reiche hat nach dem Kriege zunächst jährlich zugenommen. Der Reinzugang an Wohnungen hat betragen im Jahre 1921: 134 223, 1922: 146 615. Im Jahre 1923 sei er dann infolge der Inflation auf 11 833 zurückgegangen. Die Zahlen für 1924 lägen noch nicht vor. Die Bautätigkeit sei infolge des Kapitalmangels stark gehemmt worden. Die Zahl der erstellten Wohnungen dürfte kaum jene von 1923 übersteigen. Nach den in Bayern, Sachsen und Baden gemachten Erhebungen hat sich dort ein Fehlbetrag von mindestens 10 bis 11 fehlenden Wohnungen auf 1000 Einwohner ergeben. In anderen Ländern seien höhere Fehlbeträge errechnet worden. Uebertragen auf das Reich kommt **man zu einem Fehlbetrag von mindestens 600 000 Wohnungen.** Der **Neubedarf** an Wohnungen sei nach den auf Grund der Bevölkerungsstatistik vorgenommenen Berechnungen und nach der Friedensbautätigkeit auf **mindestens 150 000** für das Jahr anzusehen. Das Bauen sei zurzeit fast doppelt so teuer wie im Frieden. Nimmt man für eine Dreizimmerwohnung einen Durchschnittsaufwand von 10 000 Rentenmark, so müßte man mit einem Baudarlehen durch die öffentlichen Hände von durchschnittlich 6000 Rentenmark rechnen. Der Bauherr müßte dann noch 4000 Rentenmark durch Hypotheken und Baugeld aufbringen. Der Gesamtzuschuß müßte hiernach betragen bei 150 000 Wohnungen 900 Millionen Rentenmark. Zur Beseitigung des Fehlbetrages an Wohnungen in sechs Jahren müßten dann jährlich 100 000 Wohnungen ohne Zuschüsse erstellt werden. Zur Verstärkung der Bautätigkeit müßte eine Verbesserung des Kapitalmarktes und eine Verbilligung sonstiger Baukosten eintreten. Nach Berichten der Länder sei für das Jahr 1925 mit einem Gesamtaufwand von fast ½ Milliarde Rentenmark zur Förderung des Wohnungsbaues zu rechnen. Die gesetzliche Miete sei zurzeit im Durchschnitt 25 Prozent unter der Friedensmiete. Es sei nun fraglich, in welchem Umfange dieser Betrag für höhere Aufwertung der Hypotheken, für den Finanzausgleich und für den Wohnungsbau verwendet werden sollte. Nach den gemachten Ausführungen müßte für den Wohnungsbau ein Betrag in Höhe von mindestens 15 Prozent der Friedensmiete aufgewendet werden.

Die Aufwertungsorganisationen bei dem Reichspräsidenten.

wtb **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Reichsjustizministers die Vertreter der in der „Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisationen" zusammengeschlossenen Verbände: Oberlandesgerichtspräsident a. D. Best, Amtsgerichtsrat John, Prof. Großmann, Dr. Krentz vom Rentnerbund, Riemer vom Reichsverband der Kriegsbeschädigten und Oberleutnant a. D. Gübler vom Verband der Kriegsbeschädigten im Kyffhäuserbund. Oberlandesgerichtspräsident Best trug dem Reichspräsidenten die Entwicklung der Aufwertungsfrage, die gegenwärtige Kompromißvorlage und die Forderungen und Wünsche der Gläubiger und der Sparer hierzu vor. — Universitätsprofessor Großmann behandelte das Aufwertungsproblem vom wirtschafts-wissenschaftlichen Standpunkt aus; — Krentz im besonderen die Lage der Rentner und die Frage der Rückwirkung der Aufwertung. — Riemer und Gübler legten die Wünsche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und die wirtschaftliche Notlage dieser Kreise dar. Amtsgerichtsrat John sprach besonders über die Aufwertung öffentlicher Anleihen und Bankguthaben über die Abaellungsverordnung. — Der Reichspräsident erklärte, daß er in Verbindung mit der Reichsregierung die ihm vorgetragenen Wünsche einer eingehenden Prüfung unterziehen und beraten werde.

Erklärungen Beneschs über den Garantiepakt.

wtb **Prag,** 23. Juni. (Tel.) Außenminister Benesch hielt im Auswärtigen Ausschuß des Abgeordnetenhauses ein ausführliches Exposee. Zu Beginn seiner Darlegungen kam der Minister zunächst auf die Verhandlungen der tschechoslowakischen Republik mit den Alliierten über den Garantiepakt zu sprechen.

Der Minister teilte mit, er habe der französischen und der englischen Regierung über den Standpunkt der tschechoslowakischen Republik erklärt, daß, bevor die Tschechoslowakei wichtige Entscheidungen treffe, sie die Prinzipien des Paktes kennen müsse. Den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sehe sie als eine notwendige Ergänzung des Paktes an und sie sei davon überzeugt, daß noch weitere Garantiepakte folgen müßten. Der Minister fuhr fort: Wir verzichten auch nicht auf das, was wir als Garantie unserer eigenen Sicherheit bereits haben.

Ueber den heutigen Stand der Verhandlungen und über die Bedeutung der ganzen Frage sowie über die Stellung der tschechoslowakischen Republik zum Garantiepakt erklärte der Minister, daß folgende wichtige Schlüsse aus dem heutigen Stande der Verhandlungen gezogen werden könnten: 1. Erzielung einer neuen politischen französisch-englischen Uebereinstimmung, 2. die Tatsache, daß gegenüber Deutschland als gleichberechtigtem Teilhaber vorgegangen werde. Der dritte Schritt, welcher getan werden soll, ist der Abschluß von Verträgen zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei und Polen andererseits. Die vierte wichtige Tatsache ist das, was der Garantiepakt uns bringt, nämlich, daß uns von den bisherigen Garantieverträgen nichts genommen wird und daß unser Bündnis mit Frankreich durch einen neuen Garantiepakt in keiner Weise berührt wird.

Internationale Hilfeleistung bei großen Katastrophen.

wtb. **Paris,** 23. Juni. (Tel.) Die vorbereitende Kommission zur Gründung eines internationalen Bundes zur gegenseitigen Hilfeleistung bei großen Katastrophen und Unglücksfällen, der Weltnotverein, trat kürzlich zum ersten Male in Genf zusammen und wird demnächst in Paris die Beratungen fortsetzen. Der Kommission gehören an Vertreter, die vom Völkerbundsrat gewählt sind. Als deutscher Vertreter nimmt der Vizepräsident des deutschen Roten Kreuzes, Draudt, an den Beratungen der Kommission teil. Der Plan zur Gründung des Weltnotvereins, der vom Präsidenten des italienischen Roten Kreuzes, Ciraolo, ausgearbeitet worden ist, wurde zuerst auf der 10. internationalen Rote-Kreuz-Konferenz 1921, später auf der Konferenz von Genua 1922 zur Sprache gebracht und durchberaten. Auf der Konferenz in Genua wurde der Plan an den Völkerbundsrat überwiesen, der seinerseits die vorbereitende Kommission eingesetzt hat, die die Organisation der zu gründenden internationalen Union, die Berechnung der in Frage kommenden Bedürfnisse und die Aufstellung der notwendigen Beiträge der einzelnen Staaten für Hilfeleistungen prüfen sollte.

Deutscher Reichstag.

81. Sitzung.

VDZ. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2¾ Uhr.

In der ersten Beratung wird der Gesetzentwurf über den deutsch-schwedischen und den deutsch-finnischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag besprochen.

Abg. Dr. Schücking (Dem.) spricht im Namen der interparlamentarischen Union seinen Dank für die durch solche Verträge geleistete Arbeit für den Rechtsgedanken in der Welt aus. Es sei anerkennenswert, daß im Völkerbundsstatut auf Schiedsgerichtsverträge hingewiesen ist. Das Genfer Protokoll sei leider stecken geblieben und es sei bedauerlich, wie Mussolini sich darüber lustig gemacht habe. Die britischen Dominions hätten sich aus wirtschaftlichen Gründen dem Genfer Protokoll nicht anschließen wollen. Deshalb bleibt jetzt nur der Weg der Individualverträge. Solche Verträge seien in den letzten 15 Monaten 29 und in Europa allein 23 abgeschlossen worden. Die Bedeutung der Verträge liege aber nicht in der Zahl, sondern in der Qualität, da sie auch politische Konflikte umfassen. Die heute vorliegenden Verträge müßte man jedenfalls als gute Verträge ansprechen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bemängelt, daß bei dieser Debatte kein Vertreter des Auswärtigen Amts zugegen sei und daß im Vertrage mit Schweden zwar eine Ratifikation durch den schwedischen Reichstag, aber nicht durch den deutschen Reichstag vorgesehen sei. Im Ausschuß müßten diese Lücken ausgefüllt werden. Im übrigen werde auf Grund des deutschen Memorandums vom 9. Februar und der französischen Antwortnote noch ausführlich über das Thema der Schiedsgerichtsverträge zu sprechen sein.

Die Vorlage wird an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des von dem sozialdemokratischen Abg. Müller-Franken und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs **zur Verlängerung der Dauer der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet.** Der Ausschuß für soziale Angelegenheiten ist auf Grund der Regierungserklärung zu einer Ablehnung des beantragten Gesetzentwurfes gelangt, beantragt aber eine Entschließung, worin die Regierung ersucht wird, ihrerseits die Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet fortzusetzen, insbesondere die Dauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus bis auf 1 Jahr zu verlängern, für öffentliche Aufträge und Notstandsarbeiten im besetzten Gebiet Sorge zu tragen und zu erwirken, daß auch die Gemeinden des besetzten Gebietes den Erwerbslosen eine wirksame Fürsorge zuteil werden lassen.

Abg. Kirschmann (Soz.) schildert eingehend die Verhältnisse des Arbeitsmarktes im besetzten Gebiet, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn man von einem besonderen Notstand spreche. Im Reiche seien auf 1000 Köpfe 4,6 Erwerbslose, im besetzten Gebiet dagegen 9,3 und in verschiedenen Städten steige diese Ziffer sogar auf 43. Die Gemeinden seien gar nicht in der Lage, die Fürsorge zu übernehmen. Mit einer bloßen Entschließung sei nichts geschehen, daher verlangten die Sozialdemokraten eine gesetzliche Reglung.

Abg. Esser (Ztr.): Die außerordentliche Notlage im besetzten Gebiet ist auch uns bekannt. Wir haben stets das vollste Verständnis dafür gehabt, aber seit dem 10. April haben sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet schon wesentlich gebessert. Der Gewerkschaftsvertreter Meyer-Düsseldorf, der jetzt bei der Jahrtausendfeier in Köln durch die Verleihung des Doktorgrades ausgezeichnet worden ist, hat den neuen Maßnahmen zur Fürsorge für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet zugestimmt. (Hört, hört! Zwischenrufe bei den Soz.) Für die Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung bis zu einem Jahre sind die entsprechenden Verfügungen vom Reichsarbeitsminister bereits ergangen. Die wiederholten Ermahnungen werden wohl hoffentlich Erfolg haben. Für die Fürsorge der Länder und Gemeinden sind die erforderlichen Schritte vom Arbeitsminister eingeleitet worden. Die Regierung muß das Versprechen, das sie bei der Jahrtausendfeier gemacht, auch auf diesem Gebiete erfüllen.

Die Sozialdemokraten beantragten die namentliche Abstimmung über die Entschließung des Ausschusses.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) verlangt, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht nur bis zum 31. Dezember 1925, sondern auf die Dauer der Erwerbslosigkeit ausgedehnt werde.

Abg. Ziegler (Dem.) spricht sich in erster Linie für den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten, eventl. auch für die Entschließung aus.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) äußert sich in demselben Sinne.

Abg. Dr. v. Dryander (DN.) empfiehlt die Entschließung des Ausschusses. Die Notlage des besetzten Gebietes dürfe nicht allein auf die Not der Erwerbslosen abgestellt werden. Es komme darauf an, die Widerstandsfähigkeit im besetzten Gebiet zu stärken.

In namentlicher Abstimmung wird der **Ausschußantrag,** den sozialdemokratischen Gesetzentwurf abzulehnen, mit 199 gegen 158 Stimmen **angenommen.** Der Antrag der Kommunisten wird abgelehnt. Die Entschließung des Ausschusses wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der von den Sozialdemokraten und den Demokraten eingebrachten Gesetzentwürfe, die die **Pachtschutzordnung** vom 9. 6. 1920 in verschiedenen Punkten abändern, um den Schutz der kleinen Pächter zu verstärken. Der Ausschuß für Wohnungswesen hat für diese Entwürfe einige andere Fassungen beschlossen.

Abg. Dr. David (Soz.) bemerkt, daß der Schutz der kleinen Bauern vor einer Beendigung der Pacht durch den Verpächter und der Vertreibung von Haus und Hof verstärkt werden müsse. Die Erhaltung des kleinen Pächterstandes diene auch der Hebung des

Bodenertrages. Es genüge nicht, daß der Ausschuß die Pachtschutzordnung nur auf zwei Jahre verlängern will, sie muß vielmehr für die Dauer gegeben werden.

Abg. Domsch-Dresden (DN.) führt dagegen aus, daß die Pachtschutzordnung bald wieder aufgehoben werden müßte, weil nur dadurch wieder normale Verhältnisse im Pachtwesen geschaffen werden könnten. Nicht nur die kleinen Pächter befinden sich in wirtschaftlicher Notlage, sondern auch die großen Verpächter, und manche Verpachtungen seien durch das Bestehen der Pachtschutzordnung verhindert worden.

Abg. Westermann (D. Vp.) stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt des freien Verkehrs gegenüber dem Zwange, und führt aus, daß selbst die kleinen Bauern eine Aufhebung der Pachtschutzordnung herbeiwünschten, damit sie wieder in den Besitz ihres eigenen verpachteten Landes gelangen könnten. Vorläufig werde aber seine Partei nochmals für die Verlängerung der Pachtschutzordnung auf zwei Jahre stimmen.

Abg. Rönneburg (D.) ist gegen den Abbau der Pachtschutzordnung, die keineswegs ein Produkt der Nachkriegszeit oder der Inflationszeit sei, sondern auch in anderen Ländern erforderlich geworden sei. Die Demokratische Partei stimme gegen die deutschnationalen Anträge und für die Ausschußanträge, eventl. auch für die Zentrumsanträge.

Damit schließt die Aussprache.

Auf Antrag des Zentrums wird beschlossen, daß die Verlängerungsmöglichkeit der Pachtung unter 10 Hektar sich auch auf Schutzpachtverträge erstrecken soll, wenn Pächter nicht mehr als 10 Hektar bewirtschaften. Die geltende Pachtschutzverordnung besagt, daß, wenn das Pachteinigungsamt den Vertrag verlängert, es zugleich auf Antrag des Verpächters den Pachtzins neu festzusetzen hat. Der Ausschuß beantragt, den Ausdruck „des Verpächters" zu streichen.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschußantrag mit 219 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokraten, die Befristung der Verlängerung der Pachtschutzordnung bis zum 30. September 1927 zu streichen, sie also zu einer dauernden zu machen, ergibt in namentlicher Abstimmung die Ablehnung des Antrages mit 219 gegen 146 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ausschußantrag auf Verlängerung bis 30. September 1927 wird angenommen. Ein Antrag Rönneburg (Dem.), die Bestimmung in der geltenden Pachtschutzordnung zu streichen, wonach die seit dem 1. März 1924 abgeschlossenen Verträge nicht darunter fallen, wird in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 180 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, dagegen wird ein Antrag der völkischen Abgg. Henning und Genossen, wonach die auf Reichsmark abgeschlossenen Pachtverträge nicht unter die Pachtschutzordnung fallen sollen, in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag des Zentrumsabg. Willens: Pachtverträge, auf die nach der Gesetzgebung die Pachtschutzordnung keine Anwendung gefunden hat, werden hierdurch nicht berührt. Im übrigen werden die Ausschußbeschlüsse bestätigt.

In erster Lesung wird die zweite Ergänzung zum Haushalt des Reichswehrministeriums für 1925 ohne Debatte an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Mittwoch 2 Uhr: Zollvorlage, Handelsvertrag mit England.

Preußischer Landtag.

51. Sitzung.

vdz. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ausschußbericht über den Antrag der Sozialdemokraten auf **Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 in Höhe von 100 Mark.**

Der Ausschuß schlägt dazu die Fassung des Antrages in der Form vor, zum Ausdruck zu bringen, daß man der Auffassung der Reichsregierung, daß eine Aufbesserung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick überhaupt unmöglich sei, nicht beizutreten vermöge. Der Landtag ersucht das Staatsministerium, unverzüglich auf die Reichsregierung einzuwirken, daß zum mindesten die Bezüge der wirtschaftlich schwächsten Beamten und Lehrpersonen eine Aufbesserung erfahren. Diese Aufbesserung solle auch den Wartegeldsempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen in gleicher Weise zuteil werden. Ferner soll das Staatsministerium beauftragt werden, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 bis zum 1. Juli 1925 eine einmalige außergewöhnliche Wirtschaftsbeihilfe von 100 Reichsmark erhalten.

Abg. Dr. Schmedding (Z) beantragt, den Gegenstand dem Hauptausschuß zu überweisen.

Bei der Abstimmung bleibt das Ergebnis zweifelhaft. Es muß Auszählung erfolgen. Dabei ergibt sich die **Beschlußunfähigkeit** des Hauses, da nur 211 Abgeordnete anwesend sind.

Der Präsident beruft sofort

eine neue Sitzung

ein mit dem Etat der Gestüts- und Domänenverwaltung.

In der neuen Sitzung steht zur Beratung die Fortsetzung der zweiten Lesung des **Haushalts der Gestütsverwaltung.**

Ohne erhebliche Aussprache wird der Rest des Gestütshaushalts bis auf die zurückgestellten Abstimmungen erledigt.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Domänenhaushaltes ein.

Abg. Klausner (Soz.) behauptet im Gegensatz zu dem Berichterstatter, daß die Selbstbewirtschaftung der Domänen durchaus rentabel sei. Die Kreditnot der Landwirtschaft besteht. Man könne aber nicht von einer allgemeinen Not der Landwirtschaft sprechen. Der Domänenpächterverband haben Herabsetzung der Pachten verlangt. Es würde ein Skandal sein, wenn hier Geschenke gemacht würden, die sich auf 3 bis 4 Millionen jährlich belaufen.

Abg. Nonde-Winzig (DN): Der staatliche Domänenbesitz ist um mehr als ein Drittel der Fläche durch den Versailler Vertrag vermindert worden. Mit der weiteren Verminderung des staatlichen Grundbesitzes muß endlich Schluß gemacht werden. Auch zu Siedlungszwecken dürfe man die Domänen nicht mehr hergeben. (Hört, hört! links.) Neben dem Staatsinteresse soll auch das Wohl der Domänenpächter nicht unberücksichtigt bleiben; man darf ihnen die Existenz nicht bis zur Unmöglichkeit erschweren. Die Mehrzahl der Domänenpächter kommt ohne Kredit nicht mehr aus, ebenso die große Mehrzahl der Landwirte.

Abg. Dr. Graß-Koblenz (Z): Auf dem Gebiete des Pachtschutzes müßten wir endlich wieder zur Freiheit kommen.

Abg. Stendel (DVp.) betont, daß das Pachtsystem sich in ganz Deutschland bewährt habe. Man wolle aber nicht die öffentlichen Verpachtungen ausschließen und an ihre Stelle die freie Verpachtung unter der Hand einsetzen. Im Augenblick sei es aber nicht ratsam, die Pachtschutzordnung aufzuheben. Utopisch sei die Forderung der Sozialdemokraten, sofort fünf Millionen auf den Bau von Arbeiterwohnungen auf den Domänen zu verwenden.

Staatssekretär Ramm: Für uns handelt es sich darum, die 60 000 Morgen unkultivierten Landes in den Hochmooren in möglichst kurzer Zeit zu kultivieren und zu besiedeln. Dieses kostet aber immer Zeit und besonders lange dauert es damit in den Mooren, wo der Boden nicht fest ist. Denn wo der Boden nicht fest ist, werden wir nicht eine vollkommene feste Dauerweide haben. Die Arbeiten sind in vollem Gange. Der Kanal ist fertig. Die Zentrale wird konsolidiert. Aber wir werden nicht die ganze Sache schlecht machen, um 1 bis 2 Jahre schneller fertig zu werden.

Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung der Etatsberatung. Abstimmung. — Schluß 4.45 Uhr.

Politische Umschau

Vertreter der Landwirtschaft bei Hindenburg.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft den Vorstand des deutschen Landwirtschaftsrates, Präsident Brandes, die Vizepräsidenten Mittermaier und Steiger sowie das geschäftsführende Mitglied Dr. Kutscher, und nahm von ihnen Glückwünsche des deutschen Landwirtschaftsrates und einen Ueberblick über die Lage der Landwirtschaft entgegen.

Haushaltsausschuß des Reichstages.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichsfinanzministeriums behandelt. Angenommen wurde eine deutschnationale Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, für hilflose Unfallpensionäre die Pensionen bis zu 125 Prozent des ehemaligen Gehaltes zu gewähren. Außerdem wurde die Reichsregierung ersucht, über die Zahl der bei den Hoheitsverwaltungen und der Reichspostverwaltung in der Kartei aufgezeichneten Wartestandsbeamten und über die Anzahl der in den einzelnen Besoldungsgruppen als Beamte wieder eingestellten Wartestandsbeamten im Haushaltsausschuß vierteljährliche Nachweisungen vorzulegen. Nach Erledigung der Etatsposition wird alsdann der Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums vom Ausschuß verabschiedet.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Reichssparkommissars. In der Debatte wird u. a. auch das Beschaffungswesen und dessen Regelung besprochen. Auch von Seiten des Reichssparkommissars wurde betont, daß hierbei ein Ausgleich zwischen finanziellen Interessen des Reiches und den berechtigten Interessen des Handels und der Produktion stattfinden müsse.

Steuerausschuß des Reichstages.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Der Steuerausschuß des Reichstages beriet heute den Gesetzentwurf über die gegenwärtigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden.

Angenommen wird der folgende Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.): „Die Länder und Gemeinden können die Reichspost zu denjenigen Abgaben, welche ganz oder zum Teil für die Unterhaltung der öffentlichen Wege verwendet werden, heranziehen. Diese Abgaben dürfen nicht für Fahrten, die lediglich postalischen Zweck der Brief- und Postbeförderung dienen, erhoben werden."

Der Ausschuß geht zur Beratung des Gesetzes zur Aenderung von Verbrauchssteuern über.

Der Antrag, zunächst die Frage zu behandeln, inwieweit die Umsatzsteuer zu ermäßigen ist, wird abgelehnt.

Beraten wird zunächst das Gesetz über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beantragt Ablehnung dieser Steuererhöhung.

Abg. Dr. Preyer (DN) verweist auf England, das weit höhere Bier- und Tabaksteuern habe, und auf den Dawesbericht, der uns vorwirft, daß wir zu zaghaft an die Bier- und Tabaksteuer herangingen. Er führe das aus, trotzdem er auch Bedenken gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer habe.

Nachdem die Generaldiskussion erschöpft war, wurde von der Mehrheit beschlossen, den Antrag des Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) erst morgen zur Abstimmung zu bringen. Die Aussetzung wurde damit begründet, daß die Regierungsparteien Gelegenheit haben müßten, sich über den Antrag Dr. Fischer-Köln noch unter sich auszusprechen.

Reichsverband der deutschen Industrie.

wtb **Köln,** 24. Juni. (Tel.) Der am 24. und 25. Juni stattfindenden Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Köln ging gestern eine Sitzung des Präsidiums und des Vorstandes voran, die um 10 Uhr vormittags im Verwaltungsgebäude der Elberfelder Farbenfabriken unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Dr. Duisberg zusammentrat. Der Vorsitzende eröffnete die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß über den vielen, vielleicht allzu vielen Festlichkeiten, die jetzt im Rheinland stattfinden, die ernste Arbeit und die Einfachheit, der wir uns zu befleißigen haben, nicht außer Acht gelassen werden dürfe. In Erledigung der Tagesordnung berichtete zunächst Direktor Hans Krämer, Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, über Industriezölle und Agrarzölle nach der sogenannten kleinen Zolltarifrevision. Bei den Verhandlungen im Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrates, der eine sehr große Zahl von Sachverständigen vernommen habe, sei seitens der Industrie der Landwirtschaft Entgegenkommen soweit als irgend möglich gezeigt worden. Die Vertreter der Industrie seien im Antrag Krämer-Franken soweit gegangen, den Satz von 3 Mark für Getreide einer Bindung zu unterwerfen. Diese Bindung sollte Geltung haben bis zu einer neuen gesetzlichen Regelung. Dieser Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, autonome Zölle einzustellen, die zur Führung von Handelsvertragsverhandlungen unerläßlich sind, haben die Vertreter der Landwirtschaft schließlich zugestimmt. Die Industriezölle seien im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat im wesentlichen unverändert geblieben. Der Zollschutz, den die Industrie befürwortet, sei verschwindend gering im Verhältnis zu der überaus hohen Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis. Auch die Frachten spielen eine weit größere Rolle als die Zölle. Was die gleitenden Zölle anlange, so sei ein dahingehender Antrag im Reichswirtschaftsrat mit allen Stimmen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt worden. — In der Aussprache fanden die Ausführungen des Berichterstatters im allgemeinen Zustimmung. Rechtsanwalt Lammers (M. d. R.) erachtete es für gefährlich, wenn sich die Industrie grundsätzlich gegen Minimalzölle aussprechen wollte. Geheimrat Bücher wandte sich gegen den Gedanken, daß man möglichst schnell zu einem Zoll-Definitivum kommen müsse. Die Labilität unserer Verhältnisse sei wünschenswert, weil wir eine Experimentierzeit dringend brauchen. Gleitende Zölle würden die Gefahr eines Zusammenbruchs über Deutschland heraufbeschwören. Die Industrie müsse für Aufnahme der Agrarprodukte in den autonomen Satz eintreten, sie würden zu der allgemeinen Unsicherheit eine willkürliche Unsicherheit hinzufügen.

Generaldirektor Silverberg richtete an die Regierung die Mahnung, daß bei den Verhandlungen mit dem Auslande ernsthafte Ergebnisse nur dann zu erzielen sein werden, wenn es der Regierung gelingt, sich eine innerpolitische Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Dazu sei erforderlich, daß jede Zwangsgesetzgebung beseitigt werde, die in ihrer Auswirkung die notwendige Preisverbilligung noch nicht zustande habe kommen lassen. Der Niederschlag der Volksstimmung dürfe nicht unterschätzt werden, er sei im Reichstag entscheidend. Die Konsumkraft des inneren Marktes sei schließlich auch ausschlaggebend für den Export.

Der Vorsitzende faßte das Ergebnis der Aussprache wie folgt zusammen: Präsidium und Vorstand stehen auf dem Standpunkt, daß Minimalzölle nicht in das Gesetz hineingehören, wohl aber unseren Unterhändlern bei den Verhandlungen als Ausgangspunkt zu dienen haben. Die Einführung der gleitenden Zölle würde nicht nützen, sondern schaden; sie wird daher einmütig von Präsidium und Vorstand abgelehnt.

Abg. Frowein sprach über die Zusammenarbeit von Industrie und Handel, insbesondere ihrer Spitzenorganisationen unter Berücksichtigung bezw. Ausschaltung im Geschäftsverkehr. Eine Zusammenarbeit soll nicht allein mit dem Zentralverband des deutschen Großhandels, wie sie bisher schon üblich war, sondern auch mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels soweit wie möglich erfolgen. Einzelfälle über eine Ein- und Ausschaltung des Handels sollen nicht durch den Reichsverband verfolgt, sondern durch die unmittelbar Beteiligten geklärt werden.

Der Geschäftsführer des Reichsverbandes Dr. Herle berichtete über die Mindestgrenze der Kapitalien für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und für Aktiengesellschaften.

Das geschäftsführende Präsidialmitglied Geheimer Regierungsrat Kastl berichtete über den Stand der Arbeiten des vom Präsidium eingesetzten Sonderausschusses für die Aufstellung eines Wirtschafts-Programms. Es sollen die Schädigungen und Belastungen, die auf der deutschen Wirtschaft ruhen, in objektiver Weise ermittelt werden.

Nachmittags tagte der Hauptausschuß des Reichsverbandes in Leverkusen. Geh. Justizrat Dr. Guggenheimer gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Steuerausschusses zur Steuerreform. Zu diesem Punkte der Tagesordnung wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Reichsverband der deutschen Industrie den Finanzausgleich fordert. Geheimrat Kastl berichtete über den Stand der Aufwertungsfrage, Rechtsanwalt Lammers sprach über Kartellpolitik. Geheimrat Kastl berichtete noch über die Bildung einer Schiedsstelle für Streitigkeiten zwischen Industrie und Handwerk. Auf Grund von Verhandlungen mit der Arbeitgeberabteilung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats soll zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Industrie und Handwerk (oder umgekehrt) eine Schiedsstelle errichtet werden, die aus je drei Beisitzern von Industrie und Handwerk bestehen würde und das Recht hat, Sachverständige hinzuzuziehen und im Einzelfalle den Parteien Gelegenheit zur Teilnahme zu geben.

Gestern abend fand eine von der Stadt Köln veranstaltete Begrüßungsfeier statt.

Vom marokkanischen Kriegsschauplatz.

Abd el Krims neuer Angriff.

wtb. **Paris,** 23. Juni. (Tel.) Havas meldet aus Tanger: Der Feind sammelt im westlichen Frontabschnitt der spanisch-marokkanischen Zone Verstärkungen für einen alsbaldigen Angriff. In der Ostzone verstärkte Abd el Krim die Beni Duriagultruppe durch Beni Zeroulkontingente. Abd el Krim habe in Ajdir 12 Djeballa Caids festnehmen lassen, weil sie bei dem Kampfe von Beni Karrich nicht genügend Widerstand geleistet hätten.

Die Lage in China.

Der Generalstreik in China.

wtb. **London,** 23. Juni. (Tel.) Daily Mail berichtet aus Peking, der Generalstreik nehme im ganzen Lande zu. Die chinesische Regierung versuche, die Studenten unter Kontrolle zu halten. Marschall Tschangtsolin entsende weitere Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Es scheine, daß, soweit Peking in Frage komme, die Ordnung aufrecht erhalten werden könne.

Schließung der chinesischen Banken.

wtb. **London,** 23. Juni. (Tel.) Reuter meldet aus Honglong, daß alle chinesischen Banken dort geschlossen worden sind, um einen Ansturm der Kunden zu vermeiden. Schwerbewaffnete Wachen sind am Eingang der Banken aufgestellt. Die mobilisierten Freiwilligen patrouillieren durch die Straßen. Die chinesischen Angestellten in den Druckereien der in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen verweigern zum Teil die Arbeit, so daß die Zeitungen gezwungen sind, in verkleinertem Umfang zu erscheinen.

Arbeitsfragen.

Zum Tarifstreit im Bankgewerbe.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, finden am Freitag, 26. Juni 1925, im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die allgemeine Verbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrags für das Bankgewerbe statt.

Aus Nah u. Fern.

Starker Werktagsbesuch der Jahrtausendausstellung.

wp. **Köln,** 23. Juni. Gestern, Montag, wurde die Ausstellung von über 15 000 Personen besucht.

Bootsunglück auf dem Rhein.

* **Duisburg,** 23. Juni. Einem Hafenboot der Firma Fendel riß beim Hinausbugsieren eines Raddampfers der Schleppstrang mitten auf dem Strom, wodurch das Hafenboot ins Schwanken geriet, Wasser bekam und sank. Die Mannschaften konnten gerettet werden. Das Boot, von dem nur der Schornstein mit der Spitze aus dem Wasser ragt, bildet, mitten in der Fahrtrinne liegend, eine wesentliche Behinderung der Schiffahrt.

Eisenbahnräuber verhaftet.

wp **Krefeld,** 23. Juni. Im Zusammenhang mit den Eisenbahnplünderungen auf der Strecke Köln-Krefeld wurde ein junger Mann aus Neuß namens Fücker festgenommen. Fücker war kürzlich in Köln aus der Haft entkommen, nachdem er dort zu neun Jahren Zuchthaus wegen Eisenbahnraubes verurteilt worden war. Der Verhaftete trug zwei Revolver bei sich und rund 100 Patronen und erklärte, er würde es auf einen Kampf haben ankommen lassen, wenn er nicht von den Beamten überrascht worden wäre. Im übrigen verweigerte er jede Auskunft, doch scheint es sicher, daß die Eisenbahnplünderungen der letzten Zeit durch die Verhaftung Fückers aufgeklärt werden.

Kirschenernte.

wp. **Salzig,** 23. Juni. Die Kirschenernte ist in hiesiger Gegend im vollen Gange. Der Ertrag ist sehr gering. Der Schaden, der durch die Mißernte entsteht, dürfte über 1 000 000 Mark betragen.

Einsturz eines Krans.

wp. **Hamburg,** 23. Juni. (Tel.) In Veddel-Kohlenbunkerkran der Kiel-Kanal-Kohlengesellschaft ein. Der Einsturz ist darauf zurückzuführen, daß die Laufbrücke nach vorne abglitt. Der Kran fiel vornüber auf einen davor liegenden Dampfer. Der Kranführer, der sich auf der Laufbrücke befand, ist tödlich verunglückt. Die ganze Last des umgestürzten Krans liegt auf dem Dampfer. Hilfsmaßnahmen sind sofort eingeleitet worden.

Ein gerissener Gauner.

* **München,** 22. Juni. Die Münchener Polizei befaßt sich in einem längeren Bericht mit großen Schwindeleien und Betrügereien, die ein Dr. Martin Olpe aus Düsseldorf mit seiner Frau und seinem Anhang in Meeran verübt hat. Der Mann lebte auf sehr großem Fuße und gründete ein Ambulatorium für Asthmaleidende. Er suchte sodann dafür in den Zeitungen Käufer, die sich auch reichlich meldeten. Er ließ sich von den Interessenten Anzahlungen von vielen Tausenden Mark geben. Die Frau und eine Geliebte des Mannes wurden in Meeran festgenommen. Dr. Olpe schützte einen Ohnmachtsanfall vor und verschwand dann mit einem 18jährigen Mädchen im Auto, vermutlich nach München. Dr. Olpe wird auch von der Staatsanwaltschaft Elberfeld und einer Berliner Gerichtsbehörde steckbrieflich verfolgt.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	22. Juni		23. Juni		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Holland 100 Gulden	168,34	168,76	168,31	168,73	169,50
Buenos-Aires	1,084	1,088	1,079	1,083	1,78
Belgien 100 Fr.	19,41	19,45	19,55	19,59	81,00
Norwegen 100 Kr.	71,21	71,39	71,64	71,82	112,50
Dänemark 100 Kr.	80,70	80,90	81,42	81,62	112,50
Schweden 100 Kr.	112,23	112,51	112,20	112,48	112,50
Finnland 100 M.	10,56	10,60	10,56	10,60	81,00
Italien 100 Lire	15,60	15,73	15,62	15,67	81,00
England	20,394	20,446	20,387	20,440	20,43
New York 1 D.	4,19	4,20	4,19	4,20	4,20
Paris 100 Frk.	19,54	19,58	19,72	19,76	81,00
Schweiz 100 Frk.	81,46	81,60	81,46	81,60	81,00
Spanien 100 Pes.	61,27	61,43	60,87	61,03	81,00
Japan	1,708	1,712	1,703	1,707	2,09
Rio de Janeiro	0,459	0,461	0,462	0,464	1,36
Wien Schill.	59,05	59,19	59,05	59,19	85,00
Prag 100 Kr.	12,43	12,47	12,43	12,47	85,00
Budapest 100 000	5,89	5,91	5,89	5,91	5,00
Sofia	3,04	3,05	3,04	3,05	81,00
Jugoslawien	7,34	7,36	7,29	7,31	81,00

Alle Zuteilungen 100 Prozent.

Börsenstimmungsbild.

wtb **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Die heutige Börse war wieder recht schwach veranlagt, so daß auf allen Gebieten ziemlich empfindliche Kursrückschläge eintraten. Zurückzuführen war die vorherrschende Verstimmung in der Hauptsache auf den entgegen den allgemeinen Hoffnungen recht schleppenden Gang der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, ferner auf Befürchtungen vor ungünstigen Rückwirkungen auf die außenpolitische Lage im Falle einer eventl. Neuorientierung des französischen Kabinetts nach rechts sowie auch auf den am heimischen Anleihemarkt erneut zu verzeichnenden Rückschlag. Das Geschäft bewegte sich wiederum in sehr engen Grenzen und beschränkte sich abermals auf die berufsmäßigen Kreise. Bei der mangelnden Aufnahmelust genügten selbst bei den bekannteren Papieren Verkaufsaufträge von wenigen tausend Mark, um die Kursbildung wesentlich nach unten zu beeinflussen. Hinzu kamen auch noch die Vorgänge bei dem Eisenwerk Meyer in Harzgerode, wo nach Pressemeldungen erhebliche Verluste die Auflösung einer neuen Bilanz notwendig machen. Für die meisten Papiere am Aktienmarkte ergaben sich Kursverluste von 1 bis 4 Proz. und für Schlesische Zink- und Stolberger Zink-Aktien von 5 Prozent. Schiffahrtsaktien gaben 1 bis 2 Prozent nach. Bei Bankaktien erreichten die Rückgänge nur bei Handelsanteilen 1 Prozent. Am Anleihemarkt setzten sich die Verkäufe der Spekulation infolge der Entäußerung über den Gang der Aufwertungsverhandlungen fort, so daß der Kurs der Kriegsanleihe bis auf 0,290 und die anderen Papiere entsprechend zurückgingen. Für türkische Papiere zeigte sich einige Kauflust. — Hypothekenpfandbriefe bröckelten weiter ab. Goldpfandbriefe behaupteten ihren Kursstand. Die schwache Haltung der Börse hielt im weiteren Verlaufe an. Am Geldmarkt verhielten sich die großen Geldgeber bei Hergabe von Ultimogeld sehr zurückhaltend, welcher Umstand übrigens zur schwachen Börsenstimmung wesentlich mit beigetragen hat. — Am Devisenmarkt waren Brüssel und Paris befestigt, Oslo und Kopenhagen setzten ihre Steigerung fort.

Automobil-Unglücksfälle.

* **Köln,** 23. Juni. Ein schweres Autounglück ereignete sich heute bei Alsdorf am Wegübergang über die Bahnstrecke Herzogenrath—Stolberg, nahe der Braunkohlengrube „Wilhelmsschacht", wo trotz des unübersichtlichen Geländes Bahnschranken fehlen. Das Lieferauto eines Milchhändlers stieß mit einem Zug zusammen und wurde völlig zertrümmert. Der Wagenführer und der Begleiter erlitten tödliche Verletzungen.

wtb. **Frankfurt a. M.,** 23. Juni. Das Auto des Frankfurter Bankiers Adolf Cassel geriet auf der Fahrt nach Kissingen vor Hamelburg ins Schleudern und überschlug sich. Die 14jährige Tochter Cassels wurde getötet, der Sohn erlitt einen Armbruch. Frau Cassel wurde mit mehreren komplizierten Oberschenkelbrüchen in das Krankenhaus gebracht.

pw. **Berlin,** 23. Juni. (Tel.) Nach einer Blättermeldung aus Bayreuth fuhr bei Wirsberg ein Automobil aus bisher unbekannter Ursache gegen einen Baum. Der Chauffeur und der Ingenieur Steinrückner waren sofort tot, während zwei weitere Insassen des Wagens lebensgefährlich verletzt wurden.

Westfälischer Sagenkranz.

Der Trompetersprung.

Im Park von Rheder befindet sich eine hohe, abschüssige Bergwand, deren Fuß tief unten die Nethe bespült. Im dreißigjährigen Kriege wurde auch einmal das Dörfchen Rheder schrecklich heimgesucht. Eine zersprengte Abteilung Holkischer Jäger überfiel es in dunkler Nacht, und bald wurde in den Häusern und auf den Straßen eine wilde Hetzjagd angestellt. Die aus dem Schlafe aufgeschreckten Einwohner suchten vergebens ihr nacktes Leben zu retten. Die tollen Jäger waren hinter ihnen her, allen voran ein Trompeter auf seinem Schecken, der zu dem Knistern der brennenden Häuser, zu dem Zetergeschrei der Weiber, dem Fluchen und Röcheln der Sterbenden die lustigsten Fanfaren blies. Aber schon hat auch er ein schönes Wild, eine hübsche Maid, erblickt, auf die er Jagd machte. Fast hatte er die Fliehende erreicht und ergriffen, da stürzte auf ihre Hilferufe der Großvater, der alte Behler, herbei und befreite sie. Die Fliehende schießt der Unmensch zuerst nieder, dann überwältigt und fesselt er den Greis, bindet ihn an den Schweif des Schecken, schwingt sich in den Sattel und schleift den Unglücklichen in rasendem Lauf hinter sich her. Jetzt sind sie an der Bergwand angelangt, das Pferd geht langsamer — da nimmt der greise Behler, der, obgleich arg zerschunden, seine Besinnung gewahrt hat, die letzte Kraft zusammen, befreit mit einem mächtigen Ruck die Hand, ergreift das Pferd am Gebiß und drängt mit übermenschlicher Anstrengung Roß und Reiter an den Rand des Abgrundes. Noch ein Stoß und beide sind in der Tiefe verschwunden. Die Stelle, an der sich dieses ereignet hat, heißt bis heute noch der „Trompetersprung". Wer zur Mitternachtsstunde am Nethegrunde vorübergeht, der schlägt ein Kreuz. Denn oft hört man vom Grunde des Wassers her Gestöhn und Zetergeschrei und dazwischen schrille Trompetenstöße.

—oo—

35. Westf. Provinzial-Feuerwehrverbandsfest in Siegen i. Westf.

In Siegen, der Perle unseres herrlichen Siegerlandes, fand am Samstag und Sonntag, den 20. und 21. Juni 1925 das diesjährige Prov.-Feuerwehrverbandsfest statt. Ueberreicher, blendender und imposanter Flaggenschmuck bot sich dem Auge des Zuschauers dar. In das vorherrschende Schwarz-weiß-rot mischte sich die Stadtfarbe blaugelb und die Provinzfarbe Weiß-rot. Pompöse Triumphbogen, Ehrenpforten und reicher Guirlandenschmuck vervollständigten das farbenprächtige Bild.

Der am Freitag nachmittag in der Bürgergesellschaft vorausgegangenen Sitzung des Ausschusses des Westf. Feuerwehrverbandes schloß sich am Samstag vormittag der 14. Kreisbrandmeistertag im selben Lokale an.

Nachmittags 2½ Uhr ebendaselbst: Verbandstag der Delegierten; denselben eröffnete in Anwesenheit des gesamten Ausschusses der Vorsitzende des Westf. Feuerwehrverbandes Herr Verfürth-Münster; derselbe begrüßte die zahlreich Erschienenen und brachte der Siegener Wehr zu ihrem 69-jährigen Bestehen die herzlichsten Glückwünsche dar. Nachdem Herr Oberbürgermeister Fissmer dem Verband den Willkommensgruß Siegens ausgesprochen, schloß sich Herr Regierungsassessor Blindor diesen Worten an; im gleichen Sinne sprach der rheinische Verbandsvorsitzende Herr Odenkirchen und Herr Generaldirektor Dr. Wessels.

Nach der Wahl der Beisitzer wurde die Zahl der anwesenden Vertreter festgestellt. Es wurden ermittelt, daß 209 Wehren mit etwa 420 Abgeordneten vertreten waren. Schwerte war durch die Kameraden Rickert und Bertram vertreten.

Der gefallenen bezw. verstorbenen Kameraden wurde ehrend gedacht durch Erheben von den Sitzen.

Unter „Mitteilungen" wurde bekannt gegeben, daß dem Verbande 24 neue Wehren beitraten; der heutige Bestand beläuft sich auf ca. 709 Wehren mit einem Mitgliederbestande von über 70 000. Die einschlägige Feuerwehrliteratur wurde zur Anschaffung warm empfohlen, besonders das Franken'sche Werk: „Feuerschutz". Der zahlreichen Jubilare wurde in herzigen Worten durch den Branddirektor Sparkassenrendant Herrn Brüggemann-Paderborn gedacht.

Im Jahresbericht wurde die große Waldbrandübung in Ramsdorf erwähnt. Der Lippische Verband will sich dem Westf. Verbande anschließen; diesbezügl. Verhandlungen schweben. Praktische technische Führerkurse für die einzelnen Wehren sollen abgehalten werden bei kurzer Dauer und rationeller Arbeit. Sodann wird der Besuch des Gelsenkirchener Feuerwehrmuseums warm empfohlen.

Die Abrchnung für das abgelaufene Geschäftsjahr ergibt in Einnahme 22 041.03 ℳ, in Ausgabe 21 172.68 ℳ.

Der Jahresbeitrag für 1925 wird pro Mitglied auf 0.40 ℳ festgesetzt.

Im Verein mit dem Rhein. Verband soll die Zeitung: „Der Westfälische Feuerwehrmann" eingeführt werden.

Ueber Bildung eines litterarischen und technischen Ausschusses wurde Mitteilung gemacht.

Der Aufnahme der Wehren des Stadtkreises Dortmund in den Provinzialverband als selbständigen Kreisverband wurde zugestimmt.

Sodann erfolgten Mitteilungen über die Einführung eines Formulars zur Aufstellung einer Statistik über die Entwicklung des Feuerlöschwesens in den Kreisen. Führung eines genauen Inventarverzeichnisses wurde den Wehren zur strengen Pflicht gemacht; es ist zur Erleichterung der Arbeiten des Kreisbrandmeisters unbedingt erforderlich.

Die Einführung des Ehrenabzeichens des Preußischen Landes-Feuerwehr-Verbandes für besondere Verdienste um das Feuerlöschwesen wurde beschlossen. Dieses Zeichen wird in ganz besonderen Fällen verliehen und können solches auch Nichtwehrleute erhalten. Von den Wehrleuten ist das Zeichen am schwarz-weißen Bande zu tragen.

Zu dem Plane, der Einführung des Unterrichts im Feuerlöschwesen an den Baugewerkschulen, Fortbildungsschulen, Winterschulen und landwirtschaftlichen Schulen hat der Unterrichtsminister erklärt, es sei nicht möglich, durch Einführung dieses Unterrichts den Schülern noch mehr Arbeit aufzubürden. Mit diesem Entscheid erklärt sich der Verband nicht einverstanden und sollen zunächst die betr. Direktionen für die Idee interessiert werden.

Hierauf folgte Bericht über den Verlauf der Sitzung des Provinzial-Feuerwehr-Beirates am 21. April 1925 und Ausübung der feuerverhütenden und feuervorbeugenden Tätigkeit im Einvernehmen mit der Westfälischen Provinzial-Feuersozietäts-Direktion in Münster i. W.

Nach dem Referat des Herrn Gen.-Dir. Dr. Wessels ist die Anzahl der durch Kurzschluß verursachten Brände außerordentlich groß. 70 Proz. der elektrischen Leitungen seien nicht fachmännisch angelegt und die Feuergefährlichkeit der Elektrizität infolgedessen viel größer als früher bei Kerze und offener Oellampe.

Auch wurde die Gefährlichkeit schlechter Blitzableiter und Schornsteine besprochen.

Ueber die Arbeitsgemeinschaft mit den Berufswehren und den Anschluß des Hohenzollernschen Landesverbandes an den Reichsfeuerwehrverband wurde besprochen.

Die Leistungen der Westfäl. Feuerwehr-Unfall-Hilfskasse wurden bekanntgegeben:

Bei Erwerbsunfähigkeit beträgt das Krankengeld bis zu 75 Proz. des Verdienstausfalles an Verheiratete, bis zu 60 Proz. an Unverheiratete (bis zu 26 Wochen), Renten bei Invalidität über 26 Wochen bis zu 130.— ℳ monatlich für Verheiratete und 100.— ℳ monatlich für Unverheiratete. Im Todesfalle wird gezahlt: Sterbegeld 1500 ℳ am Familienangehörige, falls Angehörige nicht vorhanden sind, Beerdigungskosten. Witwenrente bis zu 80 ℳ monatlich. Waisenrente bis zu 20.— ℳ montlich für jedes hinterbliebene Kind unter 15 Jahren. Renten an Eltern und Geschwister des Verunglückten in besonderen Fällen.

Diese Kasse zählte am 1. 4. 1925 48 000 Mitglieder.

Aus dem Ausschuß scheiden aus: Branddirektor Bauunternehmer C. Geisweid in Gelsenkirchen, Branddirektor Sparkassenrendant Brüggemann in Paderborn, Branddirektor Beigeordneter Kraemer in Arnsberg, Oberbrandmeister W. Menge in Warburg. Die Ausscheidenden wurden wiedergewählt. Für das verstorbene Ausschußmitglied, Kamerad Guthoff in Hamm (Reg.-Bez. Arnsberg-Industriebezirk) wird Herr Oberbrandmeister Hoppe-Bochum als Ersatzmann bestimmt.

Das nächstjährige Prov.-Verbandsfest findet in Hagen i. W. statt.

Am Sonntag fand vormittags 11 Uhr eine Schulübung der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Siegen auf dem Hafengarten statt. Daran anschließend großes Löschmannöver am Rathaus. Die Uebungen verliefen tadellos.

2,15 Uhr nachm.: Antreten zum Festzuge. Aufstellung der Wehren in geschlossenen Kreisverbänden in 3 Treffen.

2,45 Uhr nachm.: Abmarsch und Vorbeimarsch an den Spitzen der Behörden und des Feuerwehr-Verbandes.

Am Festzuge nahmen etwa 600 Wehren mit 5000 Mitgliedern teil. Zahlreiche Musikkapellen, uniformiert und ebensolche Trommlerkorps waren im Festzuge vertreten. Der Vorbeizug dauerte 40 Minuten und fand in der „Eintracht" sein Ende.

Infolge des einsetzenden Regens ließ das dort zu veranstaltende Konzert, Volksbelustigung, Tanz und Feuerwerk an Besuch zu wünschen übrig; umsomehr waren die Vergnügungslokale in der Stadt geradezu überfüllt.

Mit der Veranstaltung war eine Ausstellung einschlägiger Literatur, sowie mehrere Ausstellungen von Feuerwehrgebrauchsgegenständen verbunden.

Aus den Provinzen.

Gemeiner Bubenstreich.

Hagen, 23. Juni. Wie wenig gewisse Lute über ihre Taten nachdenken, beweist wieder einmal ein Fall, der sich auf einer Wiese in der Nähe der Sunderlohstraße abspielte. Ein Anwohner von Emst hatte hier an 20 Zentner Heu lagern. Gedankenlose Gesellen haben diesen Heuvorrat in der Nacht vom 20. zum 21. Juni in Brand gesetzt und ihn so in einen Aschenhaufen verwandelt. Es ist unbegreiflich, wie man gerade in der heutigen Zeit einen Erntevorrat mutwillig durch Feuer zerstören kann. Hoffentlich erhalten die Brandstifter einen saftigen Denkzettel.

Frecher Diebstahl.

Hagen, 23. Juni. Das Diebesgesindel wird immer frecher. Es scheut auch nicht vor dem hellen Sonnenlicht zurück, die dreistesten Diebstähle und Einbrüche auszuüben. Jetzt wurden wiederum einem Metzgermeister 100 Mk. aus der Ladenkasse gestohlen. Hoffentlich gelingt es, den Dieb zu fassen und ihn seiner Strafe zuzuführen.

Die Luftverkehrs-A.-G.

Dortmund, 24. Juni. Der Luftverkehrs-A.-G. Westfalen sind noch die Städte Bochum, Gelsenkirchen, Lüdenscheid und Witten sowie die Landkreise Meschede, Siegen und Wiedenbrück beigetreten.

Landwirtschaftl. Ausstellung in Dortmund.

Dortmund, 24. Juni. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft beschloß in ihrer am Samstag, 20. d. Mts. abgehaltenen Hauptversammlung einstimmig, im Jahre 1927 ihre Allgemeine Deutsche Landwirtschaftliche Ausstellung in Dortmund abzuhalten. 1926 wird die Ausstellung in Breslau stattfinden. Für 1928 ist Leipzig, für 1929 Köln, für 1930 München in Aussicht genommen.

Zur gleichen Zeit im Tode vereint.

Kirchderne, 23. Juni. Der höchst seltene Fall, daß ein Ehepaar zur gleichen Zeit eines natürlichen Todes stirbt, hat sich hier bei den betagten Eheleuten Gerstemeier ereignet. Während der Mann auf dem Krankenlager starb, trat der Tod der Frau infolge eines Schlaganfalles ein.

Einbruchsdiebstahl.

Iserlohn, 23. Juni. In der Nacht vom 18. zum 19. ds. Mts. wurde auf dem Bahnhof Westig in den Güterschuppen und in das Abfertigungbüro gewaltsam eingebrochen und ein Geldkasten mit 120 ℳ Inhalt gestohlen. Der Geldkasten wurde später zertrümmert aufgefunden. Das Geld war geraubt. Den Dieben ist man auf der Spur.

Glücklicher Fang.

Iserlohn, 23. Juni. Ein schlimmer Junge ist der bei der vorgestrigen Razzia der Schutzpolizei endlich erwischte Einsteigedieb Ferdinand Weber. Zu der Verhaftung hören wir, daß der geriebene Einbrecher seine zahlreichen Einbrüche und Diebstähle mit unglaublichem Geschick und viel Glück hier und in vielen benachbarten Städten ausgeführt hat. Das Betätigungsfeld seiner Schandtaten waren besonders die Städte Soest, Werdohl, Altena, Hemer, Hohenlimburg, Letmathe und Iserlohn und vielleicht noch mehrere andere. Der Bursche hat den Polizeibehörden in letzter Zeit viel Arbeit gemacht, und man ist froh, ihn endlich dingfest zu haben. Die Untersuchung konnte bis jetzt feststellen, daß man diesem Einbrecher in Soest 17, in Altena 18 und in Iserlohn 14 Einbrüche zuschreiben kann; sicherlich eine stattliche Rekordzahl, bei der man sich nur wundern muß, daß es in an-

---

Des korrekten Herrn Amtsrichters kleine Frau.

Erzählung von Olga Gaul-Molnar.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Denn wär's nicht gut, dadurch bei anderen ein wenig Fröhlichkeit schaffen zu können?

Vorüber die selige Weihnachtszeit! Würde es nochmals solch schöne Weihnacht geben? „Ach, schöner noch wird's werden, viel, viel schöner," hoffte Fides mit frohem Lachen. Noch so oft kehrten die Gedanken nun in die vergangene Kindheit zurück, in die Zukunft schweiften sie, glücksberauscht.

„Guck'," sagte Fides an einem Vorfrühlingstage zu ihrem Manne und breitete die niedlichen Wäschestücke vor seinen Blicken aus, „dies ist für Kleines, wenn's der liebe Gott uns schenkt."

„Wer hat denn die ganzen Sachen genäht?"

„Ich! Die Röse hat ein bißchen geholfen. 's ist alles von dem übriggebliebenen Wirtschaftsgeld."

„Soso?" sagte der Herr Amtsrichter, und er lächelte ein klein wenig und dachte bei sich: „Mir scheint, ich lerne die kleine Frau nun erst so richtig kennen. Wer hätte das dem jungen Ding mit dem leichten, fröhlichen Vogelsinn zugetraut?" Und im tiefsten Winkel seines Herzens keimte ein leises Eitelkeitsgefühl empor über seine gute Erziehungsmethode. Mußte sie nicht so werden, die Frau des korrekten Herrn Amtsrichters?

Bilde dir nichts ein, vortrefflicher Theobald, die wird aus sich selbst heraus; was du dämpfen und niederhalten willst an deiner Frau, das ist das Beste an ihr. Wirst es schon noch erfahren! —

An einem goldenen Maientage hielt die junge Frau Amtsrichter Knötgen ihr erstes Kind im Arm. Ein Mädchen war's. Glückselig lachend drückte sie's an sich, aber während sie lachte, tropfte ihr eine Träne aus dem Auge, gerade auf das winzige Näschen des kleinen Mädchens hinab. Die sah niemand.

„Nein, so klein!" wunderte sich die junge Mutter. „Wirklich, so winzig hab' ich mir ein neugebornes Kind nicht vorgestellt! Röse, komm nur näher, guck' dir's an! Wie gefällt's dir denn?"

Die Röse fands wundernett und sagte, es würde blond werden, wie die Mutter, aber wie ein Püppchen wär's, so zierlich und fein.

„Na, ich bin ja auch keine Riesin," gab die junge Mutter lachend zu bedenken."

„Meiner Schwester ihr's ist fast doppelt so groß," entfuhr es der Röse, die sich gar nicht fassen konnte über das winzige Ding.

„Röse, hol' mal die graue Schachtel aus meinem Kasten!"

Röse lief und brachte das Gewünschte.

„Da sieh, mein Kleines ist doch ein bißchen größer als die Puppe; und dann — es wird noch wachsen, das bedenke! Oder glaubst du's nicht?" Mutter Fides lachte hell und froh und wunderte sich nur ein bißchen, das die Röse so schön still blieb.

„Ach, sieh nur, nun hat's Hunger, wie es das Mäulchen spitzt, ist das süß? Und so brav ist's, es schreit ja gar nicht."

„Nicht soviel reden und lachen!" mahnte die Wärterin, und Röse mußte sich entfernen.

„Frau Redlich," — Fides lachte glückselig — „das hab' ich doch nicht gedacht, daß man so froh sein kann über solch kleines Würml. So ganz, ganz gehört's einem und braucht einen, wie die Luft zum Atmen. Wissen Sie, Frau Redlich, ich hab' weder Vater noch Mutter gekannt — wär' das nicht hübsch, wenn meine Mutter sich nun mitfreuen könnte? O, nun will ich neunzig Jahre alt werden, damit mein Kleines mich recht lange haben kann!" Gleich darauf rechnete Fides aus, daß das Kleine dann auch schon zweiundsiebzig wäre. „Na, da braucht's mich schließlich nicht mehr so nötig," gestand Mutter Fides mit hellem Lachen.

Ein Weilchen blieb's nun still in der Stube. Von draußen aber tönte Vogelgezwitscher durch's geöffnete Fenster. Warm und sonnig ließ sich der Mai an, ein richtiger Wonnemonat war's.

„Das zwitschert nun den ganzen Tag," dachte Frau Redlich, aber sie meinte nicht die Vöglein draußen. Zur jungen Mutter blickte sie hinüber, das winzige Kindchen sah sie an und dachte weiter: „Zum Ausblasen ist das kleine Lebenslicht. Sie hat eben noch kein neugeborenes Kind gesehen, sonst müßte sie's wissen, daß dieses da zu wenig Kraft mitbekommen hat zum Leben."

„Frau Redlich, warum will's denn nichts mehr? Ich mein's ihm doch so gut! Ach, wenn's nur recht schnell kräftig werden möchte!"

Der Herr Amtsrichter kam wieder in die Stube und setzte sich neben seine Frau, nachdem er mit Frau Redlich einen Blick gewechselt hatte.

„Wie soll's denn heißen, unser kleines Mädchen?" begann er.

„Ach, Theo, da hab' ich mir vorher so viele Namen ausgedacht, und nun ist mir keiner hübsch genug für den kleinen Schatz. „Aber," sie sann ein Weilchen nach, „könnten wir's nicht nennen, wie meine Mutter hieß? Elisabeth?"

„Schön, schön, wir wollens Elisabeth nennen. Und siehst du, liebe Fides, Frau Redlich meint, es könnte nie schaden, wenn ein neugeborenes Kind so bald als möglich getauft würde — Frau Redlich ist eine fromme Christin; vielleicht ist sie auch ein wenig ängstlich — Sie nehmen's wohl nicht übel, wenn ich das sage, nicht wahr, Frau Redlich?"

Die Angeredete schüttelte den grauen Kopf. „Aengstlich oder nicht, 's ist besser, das hab' ich noch jeder Mutter gesagt!" Das war nun eine frommen Lüge, Frau Redlich hatte nur zu den Müttern besonders schwacher Kinder so gesprochen.

Fides sperrte sich ein wenig. „In vierzehn Tagen oder drei Wochen ist's doch auch Zeit, ich möcht's doch gern ein bißchen feierlich haben!"

Endlich aber ließ sie sich überzeugen, und so kam der Geistliche ins Haus, der sie eingesegnet hatte — merkwürdig schnell war er da — und taufte Knötgens kleines Mädchen auf den Namen Elisabeth.

Die Röse hatte sich ins Zimmer geschlichen. Da stand sie nun neben dem großen Kasten und mußte plötzlich weinen.

„Was ist denn nur?" dachte Mütterchen Fides, „die machen ja alle Gesichter, als wär's ein Begräbnis!" Und sie war doch so wonnig froh über das Kleine dort, das ihr Mann eben auf den Armen hielt. Ein leises, halb unterdrücktes Glückslachen war's.

Aber der korrekte Herr Amtsrichter hatte es vernommen, und unwillkürlich zog er die Brauen ein wenig höher und sah mahnend zu seiner Frau hinüber. Die wurde auch ganz plötzlich ernst, denn sie dachte eben: „Ob sie nur auch gewärmtes Wasser haben?"

Nun sprach der Geistliche noch das Vaterunser, und Frau Fides faltete die weißen Hände und betete leise mit. Aber zwischendurch streiften ihre flatternden Gedanken dies und das, bis sie sich in dem Wunsche sammelten: „Hätt' ich nur mein Kindchen wieder im Arm!"

Und dann lag's neben ihr, halbgeöffnet die Aeuglein, und kaum wahrnehmbar hob und senkte sich die kleine Brust.

„Komm, kleiner Schatz," sagte Mutter Fides, „nun wollen wir schlafen; aber erst guck' dir noch mal deinen Vater an! Du, Theo, ich werde jetzt auch zu dir „Vater" sagen, ist's nicht hübsch? Freust dich, Väterchen?" und sie sah von ihrem Kindchen weg mit leuchtenden Augen zu ihm empor. Ohne es recht zu wissen, hatte sie von Anfang an so eine Art wohlwollenden Freund in ihm erblickt; nun wollte sie „Vater" sagen. Und Herr Theobald Knötgen beugte sich über seine Frau und küßte sie väterlich auf die Stirn.

(Fortsetzung folgt.)

deren Städten nicht möglich gewesen war, dem gefährlichen Menschen schon früher das Handwerk zu legen.

Seltsamer Unfall.

Brügge, 23. Juni. Am Samstag fiel auf bisher unerklärliche Weise der Heizer G. des Personenzuges 1136 Hagen—Dieringhausen, als dieser von Oberbrügge abfahrend sich in Bewegung gesetzt hatte, von der Lokomotive herunter. Der dauernswerte Mann schlug mit dem Kopfe gegen einen Signalmast. Schwer verletzt mußte er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Der Lokomotivführer des Zuges bemerkte merkwürdigerweise den Verlust seines Heizers erst, als er schon in Vollwerk, der nächsten Station einlief. Ersatz konnte sofort gestellt werden, so daß der Zug ohne erhebliche Verspätung weiterfahren konnte.

Diebstahl der Bahnkasse.

Westig, 23. Juni. In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in die Diensträume des hiesigen Bahnhofsgebäudes ein und entwendeten zwei Geldkassetten. Der Inhalt der Kassetten war nur gering, so daß die unbekannt gebliebenen Einbrecher sicher enttäuscht gewesen sind.

Schrecklicher Tod.

Soest, 20. Jun. Vor den Augen der Mutter ertrunken ist der 21jährige Bergmann Johann Villforth von hier, der mit einem Turnverein aus Herringen einen Ausflug zur Möhnetalsperre unternahm. Als er mit mehreren jungen Freunden ein Bad nahm, versank er vor den Augen seiner am Ufer stehenden Mutter. Es sprang sofort einer der Teilnehmer ins Wasser, doch wurde auch er in die Tiefe gerissen. Nur mit Mühe gelang es dem jungen Manne aus Münster, den Versinkenden zu retten. Die Leiche des ertrunkenen Villforth konte noch nicht geborgen werden.

Dreiste Eisenbahnräuber.

Münster, 23. Juni. Die Oberpostdirektion Münster teilt mit: Auf einigen Eisenbahnstrecken des Ruhrgebietes treiben seit einigen Wochen Eisenbahnräuber ihr Unwesen. Sie brechen die mit Postpaketen beladenen Postgüterwagen während der Fahrt auf und werfen die vielfach wertvolle Seidenstoffe enthaltenden Pakete hinaus, wo sie von Helfershelfern aufgesucht und in Sicherheit gebracht werden. Vermutlich werden die Seidenstoffe in Stücke zerschnitten und an Privatleute, Schneider und Schneiderinnen oder aber im ganzen an Hehler abgesetzt. Einzelne Pakete sind auf freiem Gelände in der Nähe des Schienenstrangs aufgefunden worden. Vier Eisenbahnarbeiter, die gleichfalls derartige Pakete fanden, haben sie nicht abgeliefert, sondern unterschlagen und durch eine Frau in Marl verkaufen lassen. Die Hehlerin und die vier Diebe sind festgenommen worden.

Opfer seines Berufs.

Erntebrück, 22. Juni. Der Hilfsschaffner Ernst Müller wurde am Samstagmorgen 9 Uhr beim Zusammensetzen eines Güterzuges zwischen 2 Puffern in der Bauchgegend derart gequetscht, daß er eine Stunde später starb. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von einem Kinde.

—oo—

Aus dem Gerichtssaal.

Flegelei im Straßenbahnwagen.

+ **Berghofen,** 23. Juni. Folgen des Uebermuts. Der 24 Jahre alte Arbeiter Leo Grunewald, der 23jährige Dreher Heinrich Walper und der gleichaltrige Schlosser Richard Zirkel aus Berghofen stiegen am 17. Januar ds. Js. abends in Schwerte in den nach Hörde fahrenden Straßenbahnwagen. Sie befanden sich in Gesellschaft verschiedener Freunde. Da die jungen Burschen im Straßenbahnwagen Zigaretten rauchten und auch sonst sich nicht so benahmen, wie es sich schickte, wurden sie vom Schaffner zur Ruhe und Ordnung ermahnt, insbesondere wurde ihnen gesagt, daß sie aus dem Wagen gewiesen würden, wenn sie das Rauchen nicht unterließen. Zirkel rauchte gleichwohl seine Zigarette im Wagen zu Ende, ging dann auf die vordere Plattform und steckte sich eine neue Zigarette an. Mehrmals ging er durch die Tür in den Wagen und wieder auf die Plattform, ohne die Tür zu schließen und unterhielt sich durch die offene Tür mit seinen Kameraden. Dadurch fühlte sich der Wagenführer gestört. Er sagte: „Entweder rein oder raus!" und packte den Zirkel, um ihn aus der Türöffnung auf die Plattform zu ziehen. Sofort schlug Zirkel auf ihn los. Walper half seinem Freunde und auch Grunewald kam, um dem Wagenführer die Kurbel, die dieser zur Abwehr ergriffen hatte, zu entreißen. Der Staatsanwalt wollte die Uebeltäter mit 2 bezw. 3 Monaten Gefängnis bestraft wissen. Das Gericht erkannte gegen Grunewald wegen Nötigung auf 150 ℳ Geldstrafe, gegen die beiden anderen Angeklagten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung unter Annahme mildernder Umstände auf je 200 ℳ Geldstrafe.

—oo—

Die Jahrtausendfeier des Saargebietes.

Von Dr. Kurt Hüttebräuker.

Nach all' den Jahren schwerster Bedrängnis kann das besetzte Gebiet in diesem Jahre auch mal wieder ein Freudenfest feiern. Nachdem in Köln, der Metropole des Rheinlandes, der Reigen der Jahrtausendfeiern am 17. Mai eröffnet worden ist, haben inzwischen auch eine ganze Reihe anderer rheinischer Städte ihre tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche festlich begangen. Bei dem allgemeinen Wetteifer in der Bekundung ihrer nationalen Gesinnung will auch das Saargebiet nicht zurückstehen, wenn man auch dieses ehemals so blühende deutsche Industriegebiet vorerst für fünfzehn Jahre von seinem deutschen Mutterlande politisch und wirtschaftlich losgelöst hat. Just in den Tagen, an denen auch anderwärts in deutschen Landen nach altgermanischem Brauch die Sonnenwendfeuer auflammen, am 20. und 21. Juni, nahm die Jahrtausendfeier des Saargebietes ihren Anfang, eine Feier, deren ungemein politische Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.

Zum ersten Male seit jenen verhängnisvollen Waffenstillstandstagen wird die Saarbevölkerung sich zusammenfinden können zu einer großen nationalen Kundgebung. In den letzten Jahren der Bedrückung war das Feiern deutscher Feste ja zur Unmöglichkeit geworden. Auch fehlte die rechte Festesstimmung; zu ernst waren die Zeiten nicht nur im Saargebiet, sondern auch im deutschen Mutterlande. Aber trotz allem ist die Saarbevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit mannhaft für ihr Deutschtum eingetreten und hat immer wieder allen Verwechselungsbestrebungen der Regierung, die sich Treuhänder des Völkerbundes nennt, zum Trotz ihre unverbrüchliche Treue zum deutschen Vaterlande betont. Diesem mannhaften Eintreten für ihre gute Sache hat es die Saarbevölkerung nur zu verdanken, daß mittlerweile die ganze Welt auf das Saargebiet aufmerksam geworden ist, so daß heute schon wieder ein günstigerer Wind weht, daß man wieder freier atmen kann. Nur sich selbst hat es daher die Saarbevölkerung zu verdanken, daß das festliche Begehen des tausendjährigen Erinnerungstages überhaupt möglich ist, daß nicht wie in früheren Jahren die ganzen Veranstaltungen durch eine Regierungsverordnung von seiten der Franzosen einfach verboten werden können.

Auch heute sind es noch schwere wirtschaftliche und politische Sorgen, die jeden Saardeutschen bedrücken. Aber kann dadurch die Festesstimmung beeinträchtigt werden? Wenn es heißt, Rückschau halten auf eine tausendjährige Vergangenheit, dann müssen selbst drückende Alltagssorgen kleinlich erscheinen im Vergleich zu dem großen Geschehen, das man im Geiste an sich vorbeiziehen läßt. Ja, ein Rückblick in die Vergangenheit muß jeden in der zuversichtlichen Hoffnung bestärken, daß dem Saargebiet in Kürze wieder eine bessere Zukunft beschieden sein wird, daß es auch diesmal genau wie in vergangenen Jahrhunderten dem welschen Eroberer nicht gelingen wird, seine Annektionspläne zu verwirklichen.

Zwar haben französische Geschichtsschreiber, anscheinend im Auftrage ihrer Regierung, den undankbaren Versuch unternommen, Frankreichs angebliche Ansprüche auf das Saargebiet historisch zu begründen, indem sie beweisen wollten, daß das Saargebiet urfranzösisches Land ist. Es erhebt sich daher die Frage: Ist das Saargebiet auf Grund seiner Vergangenheit überhaupt berechtigt, jetzt seine tausendjährige Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu feiern? Der objektive Geschichtsforscher muß diese Frage unbedingt bejahen, trotz aller Geschichtsklitterungsversuche seiner französischen Kollegen.

Zweifelsfrei ergibt die historische Forschung, daß das Saargebiet 870 im Vertrage von Mersen bei der Teilung des Frankenreiches dem ostfränkischen oder Deutschen Reiche zugewiesen wurde. Die Verwaltung erfolgte durch deutsche Reichsgrafen. Wenn auch im 13. Jahrhundert für eine kurze Zeitspanne infolge einer Heirat die Verwaltung an ein französisches Grafengeschlecht von Saarbrücken-Commercy überging, so ist dabei zu bedenken, daß auch diese deutsche Reichsgrafen waren und als solche der Oberhoheit des deutschen Königs unterstanden. Nachdem so das Saargebiet fast acht Jahrhunderte lang unbestritten deutsches Gebiet gewesen war, trat nach Beendigung des 30jährigen Krieges Ludwig XIV. mit mehr als zweifelhaften Ansprüchen auf das Saargebiet hervor. Die völlige Ohnmacht des Deutschen Reiches ausnutzend, ließ er im Jahre 1673 das Saargebiet kurzerhand durch seine Truppen okkupieren, indem er den Grafen Gustav Adolf aus dem Hause Nassau-Saarbrücken gefangen nehmen ließ. Zwar mußte Frankreich auf Grund des Friedens von Nymwegen das Saargebiet wieder räumen (1679); aber bereits zwei Jahre später erschienen auf Grund des Spruches der von Ludwig eingesetzten Reunionskammern erneut französische Truppen in Saarbrücken. Diese Okkupation dauerte bis zum Jahre 1697 (Frieden zu Ryswyk). Fast ein Jahrhundert lang hatte das Saargebiet nun Ruhe vor den welschen Eroberern, bis im Jahre 1793 französische Revolutionsfoldaten erneut das Land besetzten. Als im Frieden zu Campo-Formio das ganze linke Rheinufer an Frankreich fiel, war auch das Schicksal des Saargebietes besiegelt. Und als nach Niederringung Napoleons im Pariser Frieden wider alles bessere Hoffen der Bevölkerung das Saargebiet bei Frankreich verblieb, ging ein großer Entrüstungssturm durch das Land. Bei der Revision dieses Friedensvertrages auf Grund des Wiedererscheinens Napoleons auf der Bildfläche im folgenden Jahre hat es die Saarbevölkerung dann erreicht, daß sie nach zwanzigjähriger Leidenszeit wieder mit dem deutschen Mutterlande vereint wurde.

So ergibt sich ganz klar und einwandfrei: Seit jenem Vertrage von Mersen (870) sind jetzt bereits weit mehr als tausend Jahre ins Land gegangen. Von dieser langen Zeit ist das Saargebiet nur 115 Jahre unter französischer Herrschaft gewesen. Nur vorübergehend ist es dem französischen Imperialismus gelungen, sich gewaltsam des Saargebietes zu bemächtigen. Stets hat die Saarbevölkerung aufs deutlichste ihren Willen zu erkennen gegeben, sobald als möglich von dieser Fremdherrschaft wieder erlöst zu werden, um mit dem deutschen Vaterlande wieder vereint zu sein.

Es kann daher nicht wundernehmen, daß die in Jahrhunderten bewährte treudeutsche Gesinnung der Saarbewohner sich auch heute wieder in allerglänzendster Weise bewährt. Zwar hat Clemenceau seinerzeit bei den Friedensverhandlungen die Behauptung aufgestellt, im Saargebiet wohnten 150 000 Franzosen, die sehnlichst auf ihre Befreiung durch Frankreich warteten. Im Lichte der Tatsachen besehen, ist dies eine bewußte Tendenzlüge. Die Zahl derjenigen Saarbewohner, die auf Grund ihrer Abstammung oder um materieller Vorteile willen zu Frankreich hinneigen, dürfte nach vorsichtiger Schätzung 1 Prozent der Bevölkerung bei weitem nicht erreichen. Ein glänzender Beweis für diese Behauptung ist ja das Ergebnis der letzten Landesratswahlen, bei denen es den Franzosen nicht gelungen ist, auch nur einen einzigen Vertreter der von ihnen begünstigten Partei in das Saarparlament gewählt zu bekommen, trotzdem auch die zugewanderten Franzosen wahlberechtigt sind.

Das Saargebiet kann daher mit vollem Recht seine Jahrtausendfeier begehen. Alle Vorbereitungen dazu sind bereits in glänzender Weise getroffen, so daß ein würdiger Verlauf der Feier gewährleistet ist. In ohnmächtiger Wut sieht die Regierungskommission diesen Vorbereitungen zu, ohne daß sie dagegen einschreiten könnte; höchstens glaubt sie hier und da mit kleinlichen Schikanen eingreifen zu müssen; so hat sie z. B. den Gemeinden verboten, irgendwelche Beträge zur würdigen Ausgestaltung der Feier zur Verfügung zu stellen. Aber durch solche Maßnahmen kann die Festesstimmung nicht beeinträchtigt, sondern nur noch gehoben werden.

Wenn man nun nach der politischen Bedeutung der saarländischen Jahrtausendfeier fragt, so geht diese erheblich über die aller übrigen derartigen Feiern im Rheinland hinaus. Zum ersten Male findet sich die ganze Saarbevölkerung zusammen zu einer großen nationalen Kundgebung, in der sie laut vor aller Welt ihre unverbrüchliche Treue zu Deutschland bekundet. In diesem Sinne kann diese Feier als erste Etappe bezeichnet werden zu dem großen Aufmarsch, wie er anläßlich der Volksabstimmung in zehn Jahren stattfinden wird. Die Feier bedeutet eine Mahnung an Deutschland, seine treudeutschen Brüder an Deutschlands Westgrenze nicht zu vergessen, vielmehr seine ganze Politik darauf einzustellen, daß diese wertvolle Westmark nicht verloren geht.

Die Feier bedeutet aber auch eine deutliche Absage an Frankreich, dem hier in machtvoller Kundgebung gezeigt wird, daß die ganze Bevölkerung die Verwelschungsbestrebungen entschieden verurteilt, daß sie niemals sich dem französischen Erobererwillen fügen wird. Und damit bedeutet diese Feier auch eine Mahnung an die ganze Welt, soweit sie im Völkerbund vertreten ist und daher eine moralische Verantwortung für das trägt, was im Saargebiet und mit dem Saargebiet geschieht, — niemals zuzugeben, daß Frankreich unter gröbster Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker seine politischen Ziele auf Einverleibung des Saargebietes in sein Staatsgebiet verwirklicht.

—oo—

Marktberichte.

Schwerter Wochenmarkt.

Trotzdem das Wetter heute sehr ungünstig, war der heutige Wochenmarkt gut besucht. Die Preise waren folgende: Blumenkohl 60 u. 70 ₰, Gurken 4 Stück 1 ℳ, Wurzel 30 ₰, Gr. Bohnen 25 ₰, Bohnen 60, 70 u. 80 ₰, Wirsing 25 ₰, Zwiebel 20 ₰, Kirschen 70, 80, 90 ₰, Bananen 75 ₰, Erdbeeren 1 ℳ, Apfelsinen 12 Stück 1 ℳ, Heringe 20 Stück 1 ℳ, Eier 7 Stück 1 ℳ, Butter 2 ℳ.

Dortmunder Schlachtviehmarkt am 22. Juni.

Zum Dortmunder Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben: 702 Stück Großvieh, 728 Kälber, 54 Schafe, 2393 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund Lebendgewicht: A. Ochsen: vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 61—63 ℳ. Vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 54—60 ℳ. Junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 44—53 ℳ. Mäßig genährte junge, gut genährte ältere 35—43 ℳ. B. Bullen: Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 52—55 ℳ. Vollfleischige, jüngere 41—51 ℳ. Mäßig genährte junge und gut genährte ältere 30—40 ℳ. C. Färsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 61—63 ℳ. Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren 55—60 ℳ. Aeltere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 45—54 ℳ. Mäßig genährte Kühe und Färsen 18—31 ℳ. Kälber: Feinste Mastkälber 80—83 ℳ. Mittlere Mast- beste Saugkälber 70—79 ℳ. Geringe Mast- und gute Saugkälber 53—69 ℳ. Geringe Saugkälber 38—52 ℳ. Schafe: Mastlämmer 50—53 ℳ. Geringere Lämmer und Schafe 30—49 ℳ. Schweine: Fettschweine über 150 Kg. (3 Ztr.) Lebendgewicht 74—75 ℳ. Vollfleischige Schweine von 120—150 Kg. (240—300 Pfd.) Lebendgewicht 74—75 ℳ. Vollfleischige Schweine von 100—120 Kg. (200 bis 240 Pfd.) Lebendgewicht 71—73 ℳ. Vollfleischige Schweine von 80—100 Kg. (160—200 Pfd.) Lebendgewichtgewicht 67—70 ℳ. Vollfleischige Schweine unter 80 Kg. (160 Pfd.) Lebendgewicht 63—66 ℳ. Marktverlauf: Großvieh und Schweine sehr langsam, sonst mittel.

Westdeutsche Funkstunde A.-G. Münster

Vortragsfolge am Mittwoch, 24. Juni:

2—3 Uhr nachm.: Konzert des Rundfunkorchesters. Aus beliebten Opern. 1. Auber: Ouvertüre zur Oper „Die Stumme von Portici". 2. Donizetti: Fantasie aus der Oper „Die Regimentstochter". 3. Herold: Ouvertüre zur Oper „Die Marmorbraut". 4. Lortzing: Fantasie aus der Oper „Zar und Zimmermann". 5. Flotow: Fantasie aus der Oper „Martha". 6. Thomas: Ouvertüre zur Oper „Mignon".

7 Uhr abends: Stud. rer. pol. Peus, Münster: „Unsere Singvögel", aus Brehms Tierleben.

7,10 Uhr abends: Dr. phil. Heinermann-Münster: Einführung in die italienische Sprache u. Kultur.

8 Uhr abends: Vortrag: „Die Organisation der Turn- u. Sportbewegung in Deutschland".

8,30 Uhr abends: Lieder- und Balladenabend der Brüder Karl August und Alarich Lichtweiß. Am Flügel: Kapellmeister Rebe. 1. Balladen von C. Löwe und Lieder von Hugo Wolf (Karl-Aug. Lichtweiß). 2. Balladen von Boerries Frhr. v. Münchhausen, b) Die Weise von Liebe und Tod von Rainer Maria Rilke, Alarich Lichtweiß.

Freilichtbühne auf Burg Schmallenberg.

Dem Attendorner Theater-Verein ist es mit freundlicher Unterstützung des Herrn Hauptmann a. D. Jennerich und Gutspächter Kemper gelungen, den Burghof der Burg Schmallenberg für Freilichtspiele zu gewinnen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, wird sich für die Theaterfreunde im oberen Sauerland bereits im August ds. Js. Gelegenheit bieten, ein Freilichttheater auf dem Schloß zu besuchen.

Humoristische Ecke.

Die teuren Weiber. „Gestern habe ich acht Maß getrunken aus Freude darüber, daß der Inspektor um unsere Erna angehalten; heute bin ich schon wieder beim sechsten, weil meine Frau mich geärgert hat; es ist nicht auszudenken, was die Weiber einem für Geld kosten!"



Die Sorte Jäger tut verleiten
Ein' gar so manche Jägerfreuden.

Jagdrecht

und -Brauch pflegt Deutschlands führende jagdkynologische Zeitschrift „Hege und Jagd". Wenn Sie Interesse haben so bestellen Sie sich noch heute eine Probe-Nummer

gratis

u. unverbindlich vom Verlag

Hege und Jagd

München, Ramsordstr. 12 19.

Wasche mit Luhns

Arbeitsamt Hörde
(Oeffentlicher Arbeitsnachweis)

Bergarbeiter
erhalten
Arbeit und Wohnung
(2 Zimmer in der Bergmannssiedlung)
Sofortige Meldungen werden entgegen genommen beim Arbeitsamt Hörde Penningskamp 12, oder in Annen i. W. Wittenerstr. 35.
(Geöffnet täglich von 8—4 Uhr) 2883

Familiendrucksachen
werden innerhalb kürzester Frist sauber und preiswert geliefert von
Typographische Zeitung
(Carl Braus)

Halbtagmädchen
gesucht. 2882
Frau Loescher
Ostbergerstr. 56
Anmeldung zwischen 4-5 Uhr nachm.

Ia. Edersetkäse
9 Pfd Mk. 6.60 franko
Dampfkäsefabrik.
Rendsburg.

Elektrische Glühlampen
„Osram", in allen Kerzenstärken,
Schalter, Sicherungen.
Elektr. Bügeleisen, Eisenkuchenofen, Kochtöpfe
Sämtl. Materialien für Klingelleitungen
Radio-Apparate
usw. empfiehlt
A. Tondok
Hörderstraße 6.

Morgen am Meer.

Eine rote Riesenblume,
Stieg die Sonne aus dem Meer.
Dämmer deckte noch die Lande,
Stand auf meinem stillen Strande,
Letzte Nebel um mich her.

Eine trübe Kupferscheibe,
Wanderte das Licht hinan.
Heimlich ward die Flut beschienen,
Und die Gläser an den Dünen
Fingen sanft zu glühen an.

Flog der erste Strahl hernieder,
Heller ward der Wellentanz.
Und noch keine kurze Stunde,
Und die ganze Morgenrunde
Lag in Glück und Sommerglanz.

Hans Bethge.

—oo—

Aus Stadt und Umgebung.

Herbst im Sommer.

Der vorige Woche über Nacht eingetretene Witterungswechsel wirkt ungefähr so, wie wenn ein vor Hitze Verschmachtender unter ein kaltes Sturzbad gerät. Der Wettersturz kam in der Tat etwas plötzlich und heftig und rief zunächst eine kleine Revolution in bezug auf die Kleidung hervor, indem die leichte Sommerkleidung mit einem Male mit warmen Kostümen vertauscht werden mußte. Im Grunde aber können wir dem launischen Wettergott dankbar sein, daß er die beinahe amerikanisch anmutende Hitzewelle niedergeschlagen und uns endlich die langersehnten Niederschläge gebracht hat und hoffentlich noch weiter bringen wird; denn Fluren und Feldfrüchte schmachteten schon seit zwei Monaten nach dem befruchtenden Himmelsregen. Wenn sich auch der Städter bei Regen und kühler Witterung im allgemeinen ungemütlich und unbehaglich fühlt, namentlich wenn ein geplanter Sonntagsausflug „zu Wasser" wird, so wurde doch der einsetzende Regen vom Landwirt und Gartenbesitzer freudig begrüßt, zumal der Mai, der nach der Wetterregel kühl und naß sein soll, die Hoffnung auf Regen fast gänzlich zuschanden machte. Mit seiner sommerlichen Temperatur und dem andauernden Ostwind brachte dieser Monat eine starke Trockenheit, die bereits anfing, gefährlich zu werden. Nach den offiziellen Wetterberichten erstreckt sich übrigens durch die ganze gemäßigte nördliche Zone ein fast ununterbrochener Kreis von Tiefdruckwirbeln, so daß mit einer Fortdauer der kalten Luftzufuhr und des trüben Wetters zu rechnen ist. Da auf dem Brocken und auch auf dem Fichtelgebirge in der Nacht zum Freitag das Thermometer etwas unter Null gesunken war, so ist es nicht ausgeschlossen, daß auf den Höhen der deutschen Gebirge die Niederschläge in Form von Schnee und Graupeln niedergehen werden.

Schwerte, den 24. Juni.

+ **Die plötzlichen Todesfälle** mehren sich in unserer Stadt in letzter Zeit in erschreckendem Maße. Heute müssen wir schon wieder über einen solchen traurigen Fall berichten. Der in der Lohbachstraße wohnende Fabrikmeister Adolf Heymann, ein Mann von 64 Jahren, wurde gestern mittag vom Herzschlag getroffen und starb nach wenigen Augenblicken.— Der infolge seiner Kriegsverletzung an epileptischen Anfällen leidende 30jährige Franz Puschhaus von der Hörder Straße wurde am Sonntag von einem besonders schweren Anfall seines Leidens betroffen und war deshalb ins Krankenhaus geschafft worden. Dort wiederholte sich der Anfall und P. ist in demselben geblieben.

+ **Falsches Gerücht.** Gestern ging in der ganzen Stadt das Gerücht um, der praktische Arzt Dr. Becker sei einem Herzschlage erlegen. Glücklicherweise hat sich das Gerücht nicht bewahrheitet; Dr. B. erfreut sich im Gegenteil der besten Gesundheit und hofft, seinen schweren Beruf noch lange Jahre zum Segen der leidenden Menschheit ausüben zu können.

÷ **Wegen Meuterei** stand der Montagemeister Otto K. vor dem Schöffengericht in Hagen. K. war im hiesigen Gefängnis untergebracht, hatte sich mit zwei Genossen, von denen einer Hausdienst versah, verabredet und war mit diesem mit einer Leiter über die Mauer geklettert und entflohen. Zwei wurden sofort wieder aufgegriffen, während sich K. einige Zeit der goldenen Freiheit erfreuen durfte. Das Gericht verurteilte ihn zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis.

÷ **Personalausweis für das besetzte Gebiet unbedingt erforderlich.** Neuerdings sind wieder eine große Anzahl von Reisenden aus dem besetzten Gebiet, die Verwandte im Rheinland besuchen wollten, von den Franzosen mit hohen Geldstrafen, in zwei Fällen sogar mit Gefängnis bestraft worden. Es muß erneut daran erinnert werden, daß jeder Reisende über 16 Jahre, einerlei ob männlich oder weiblich, einen für diesen Zweck geschaffenen Personalausweis oder einen deutschen Reisepaß besitzen muß. Beide Papiere müssen bei den Polizeibehörden (in Berlin beim Polizeiamt) rechtzeitig beantragt werden, falls den Reisenden keine Nachteile entstehen sollen.

÷ **25 Proz. Aufwertung für Altbesitz?** Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung über das Anleihe-Ablösungsgesetz fortgeführt. Von demokratischer Seite wurde ein Antrag vorgelegt, wonach den Anleihe-Altbesitzern die Möglichkeit gegeben werden soll, anstelle der Ablösung eine Aufwertung ihrer Anleihen auf 25 Prozent des Nennwertes zu verlangen. Die aufgewerteten Anleihen sollen dann in das Grundbuch eingetragen werden und unveräußerlich sein. Der Steuerausschuß des Reichstages führte die Beratung des Reichsaufwertungsgesetzes weiter.

÷ **Die Preisgestaltung im Zeitungsgewerbe.** In der Versammlung des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger-Vereins am 17. Juni in Bochum wurde festgestellt, daß sich die Gesamtaufwendungen für die Zeitungen gerade in der letzten Zeit wiederum so gesteigert haben, daß nach dem Beispiel anderer Bezirke im Reich, wie z. B. Berlin, Rheinland, Nordwestdeutschland, vom Verein den Mitgliedern eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise empfohlen werden muß.

÷ **Schutzverein für Handel und Gewerbe.** Heute (Mittwoch) abend 8,30 Uhr hält der Verein im „Nordstern" eine Versammlung ab, worauf wir hiermit hinweisen. Die reichhaltige Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

÷ **Zugverlegung.** Von Mittwoch, 1. Juli, wird der Personenzug 629 Schwerte—Arnsberg aus betrieblichen Gründen ab Schwerte 2 Min. früher gelegt; ab Schwerte 8.38 abends, an Arnsberg 9.50 Uhr abends.

÷ **Die Reichsbahn soll die Kilometerhefte wieder einführen.** Der Badische Verkehrsverband, der zurzeit in Bad Dürrheim tagt, beschloß einstimmig die Wiedereinführung der Kilometerhefte, und zwar nicht nur für Baden, sondern für den gesamten Bereich der Reichsbahn bei dieser zu beantragen. Der Verkehrsverband ist der Ansicht, daß diese zweifellos den Reichsverkehr heben werden. Wir glauben dieser Ansicht nur zustimmen zu können.

÷ **55 Jahre Postkarte.** Die Postkarte, die alljährlich in ungezählten Millionen als billige Nachrichtenübermittlerin in die Häuser flattert, kann in diesem Jahre ein doppeltes Jubiläum feiern. Sie ist ein echtes deutsches Kind und hat, wie so viele andere Dinge ihres Mutterlandes, die Welt erobert, so daß sie heute Allgemeingut der schreibenden Menschheit geworden ist. 1865 wurde sie von dem weitblickenden nachmaligen Generalpostmeister Stephan erstmalig angeregt. Fünf Jahre später, 1870, wurde sie in Deutschland offiziell eingeführt. 1872 wurde die „Postkarte mit Rückantwort" eingeführt und im Juni 1878 wurde die Postkarte durch den Weltpostvertrag für den ganzen Erdball freigegeben. Bald gesellte sich zu ihr auch die Ansichtspostkarte, die heute zu einer besonderen, Hunderttausenden Lohn und Brot gebenden Industrie sich entwickelt hat.

÷ **50 Jahre Metermaß.** Am 20. Mai 1875 wurde in Paris die Internationale Meterkonvention abgeschlossen, welche der Einbürgerung und Weiterverbreitung des metrischen Systems zu dienen berufen war. Dadurch wurde dem ungeheuren Wirrwarr der „Füße" und „Ellen", die in den verschiedensten Staaten maßgebend waren und das wirtschaftliche Leben behinderten, ein Ende gemacht, zumal die meisten Staaten entweder sofort oder später das Metermaß als Einheit annahmen.

÷ **Türkisches Konsulat.** Wie der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund berichtet wird, betätigt sich immer noch eine Stelle in Düsseldorf, die sich als Türkisches Konsulat bezeichnet. Dagegen hat die türkische Regierung in Deutschland bis jetzt nur das Konsulat in Berlin errichtet. Jede andere Stelle, die sich als türkische Behörde bezeichnet, ist dazu nicht autorisiert und maßt sich ihre amtlichen Befugnisse widerrechtlich an.

÷ **Dortmunder Stadion-Einweihung verlegt.** Die für den Herbst 1925 geplante Einweihung des Dortmunder Stadions nebst Eröffnung der damit verbundenen Sport- und Werbewoche muß auf das Frühjahr 1926 verschoben werden.

÷ **Konferenz der Handwerkskammer Dortmund** mit den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Innungsausschüsse des Kammerbezirks. In der am 30. d. Mts. stattgefundenen Konferenz der Handwerkskammer Dortmund, die von fast allen Vorsitzenden und Geschäftsführern besucht war, stand im Mittelpunkt der Aussprache die Kreditfrage. Es wurde darauf hingewiesen, daß vor allen Dingen die Mittelständischen Kreditgenossenschaften nur in der Lage sein könnten, dem dringenden Kreditbedürfnis abzuhelfen, da die vom Reich und Staat zur Verfügung gestellten Sonderkredite praktisch unwesentlich seien. Grundsätzlich sprach man sich gegen Sonderkrediten gegenüber ablehnend aus. Wenn sie aber zur Verfügung gestellt würden, dann unter solchen Bedingungen, die es ermöglichten, die Stellung der Gewerbebanken und der übrigen mittelständischen Kreditgenossenschaften zu fördern und zu heben. — Der Plan der Veranstaltung eines Westfälisch-Lippischen Handwerkstages am 22. und 23. August in Dortmund während der Dauer der Westf.-Lipp. Handwerks- und Gewerbeschau fand allgemeinen Beifall bei allen Anwesenden.

÷ **Regimentsappell ehem. 57er in Wesel.** Ein großzügiger Regimentsappell des Inft.-Rgts. Herzog Ferdinand von Braunschweig, 8. Westf. Nr. 57, findet in Wesel unter dem Protektorat Sr. Exz. des Herrn Generaloberſten v. Einem, gen. v. Rothmaler statt. Anschriften nimmt E. Polrandt, Wesel, Sofienstraße 21, schon jetzt entgegen.

÷ **Sauerl. Gebirgsverein** (2. Ehrenmal-Lotterie.) Die Ziehung der 2. Lotterie zum Besten des Ehrenmals hat im Mai in Iserlohn stattgefunden. Außer den zahlreichen Gewinnen und verschiedenen Prämien haben alle ungeraden Losnummern einen Trostpreis erhalten. Die Gewinnlose aus der Abt. Schwerte, welche 600 Lose umgesetzt hat, sind mit Namen und genauer Anschrift versehen bis spätestens Ende Juni bei Herrn Albert Kaufhold (Galanteriewarengeschäft) einzureichen. Später eingehende Gewinnlose sind verfallen. Der Abt.-Vorstand (derz. Schriftführer Herr Gustav Neuwerth) wird die Gewinne zusammenkommen lassen und nach Eingang verteilen bezw. bei Herrn Kaufhold zum Abholen bereitstellen. — Das Ehrenmal, ein stattlicher Bau auf ragender Bergeshöhe bei Dahle-Altena, geht seiner Vollendung entgegen. Voraussichtlich wird die festliche Einweihung am Sonntag, 2. August, erfolgen können. Der S. G.-V. hat sich mit diesem zukünftigen geräumigen Wanderheim ein Ehrenmal schönster Art geschaffen zum bleibenden Gedächtnis seiner im Weltkriege gefallenen Mitglieder. Allen Mitgliedern des S. G.-V., allen Heimat- und Naturfreunden ohne Unterschied des Standes, wird dringend empfohlen, auf Wanderfahrten ins Sauerland im neuen Ehrenmal Einkehr zu halten, dessen einzig schöne Lage mit dem prächtigen Fernblick über bei sauerl. Berge und Täler einen der hervorragendsten Punkte des Sauerlandes darstellt.

÷ **Schulfeier des Realgymnasiums.** Wie wir hören, beabsichtigen die Schüler des Realgymnasiums am 11. Juli am Freischütz eine Schulfeier zu veranstalten. Sie ist gedacht als eine Jubelfeier zum 25jährigen Bestehen der Anstalt. Im Jahre 1900 wurde nämlich die damalige Rektoratschule als Progymnasium anerkannt. Ehemalige Schüler, Freunde und Gönner der Anstalt wetteifern im Verein mit den Schülern und Lehrern, um die Feier recht würdig zu gestalten. Näheres über diese, die ganze Stadt interessierende Veranstaltung wird noch bekanntgegeben werden.

÷ **Wetteraussichten** bis Donnerstag abend: Fortgesetzt veränderlich und kühl sowie zeitweise Regen bei mäßigen nordwestlichen Winden.

÷ **Westhofen,** 23. Juni. Die Feier seines 25jährigen Bestehens beging am Samstag und Sonntag der hiesige M.-G.-V. „Sangeslust" unter Beteiligung der gesamten Bürgerschaft.

÷ **Hörde,** 22. Juni. **Verschiedenes.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund eines gemeinsamen Runderlasses des Preußischen Handelsministers und des Ministers des Innern mitteilt, soll die Zählung der Kraftfahrzeuge am 1. Juli ds. Js. wieder in der bisherigen Weise erfolgen. Von einer Reihe von Aenderungen, die dem Vorjahre gegenüber vorgenommen worden sind, sei erwähnt, daß sämtliche im Verkehr befindlichen Zugmaschinen ohne Güterladeraum zu zählen sind; ihre vollständige Erfassung soll durch Anfrage bei den Polizeibehörden bewirkt werden. Eine sorgfältige Ermittlung aller Zugmaschinen ohne Güterladeraum dürfte eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Iserlohn, 22. Juni. Eine erfolgreiche Razzia hat in der vergangenen Nacht unsere Schutzpolizei dankenswerter Weise erneut veranstaltet. Gegen 3 Uhr morgens begann unter Einsetzung aller verfügbaren Mannschaften die Streife, wobei vor allem die Schlupfwinkel in den Außenbezirken genau durchstöbert wurden. Insgesamt wurden 13 Personen festgenommen, unter denen sich auch solche befanden, die sich seit mehreren Wochen mittel- und erwerbslos im Lande umhergetrieben haben. Ein besonders glücklicher Fang glückte, da man den seit längerer Zeit gesuchten Einsteigdieb in der Person eines jungen Burschen faßte. Der Einbrecher wurde in der verlängerten Baarstraße gestellt und bei der weiteren genauen Vernehmung stellte sich dann heraus, daß der Gesuchte aus Kreuznach stammt und sich seit einem Monat in Altena, Arnsberg und Iserlohn herumgetrieben und die in den letzten Tagen verübten Diebstähle begangen hat. Er hat seine Taten eingestanden, darunter sind auch solche, die er in Altena begangen hat. Man muß der Leitung der Schutzpolizei und den Beamten den Dank aussprechen für ihr erfolgreiches Vorgehen im Interesse der Ordnung und Sicherheit.

—oo—

Chinas höchster politischer Beamter in Berlin.



General Hsu Shu Tseng, der höchste politische Beamte Chinas, und Generalsekretär des chinesischen Präsidenten, ist zu längerem Aufenthalt in Begleitung zahlreicher chinesischer Militärs und Politiker in Berlin eingetroffen.— Unsere Aufnahme zeigt General Hsu Shu Tseng mit Gefolge vor der chinesischen Gesandtschaft in Berlin.

Aufwertungszinsen und Hauszinssteuer

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: In der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei war kürzlich ein Artikel mit der Ueberschrift „Ungesetzlichkeit der preußischen Hauszinssteuer" erschienen, in dem der Verfasser behauptet, daß die Maßnahmen der Regierung sich in einem Punkte nicht mit den Vorschriften der Dritten Steuernotverordnung des Reiches vereinen ließen, also ungesetzlich seien. Nach § 28 Absatz 3 letzter Satz der Dritten Steuernotverordnungnung ist die Hauszinssteuer um die Zinsen für aufgewertete dingliche Lasten zu mindern. Dieser Vorschrift ist in Preußen durch eine entsprechende Erhöhung der Miete zugunsten des Hauseigentümers Rechnung getragen. Ob der Verfasser des Artikels mit seiner Behauptung, daß diese Maßnahme ungesetzlich sei, recht hat, ist nötigenfalls durch die Rechtsmittelbehörden zu entscheiden. Der Verfasser übersieht aber, daß durch die gedachte Maßnahme den Hauseigentümern ein im allgemein beträchtlich höherer Betrag zugebilligt worden ist als dies die Vorschrift der Dritten Steuernotverordnung verlangt. Denn nicht nur die Verzinsung des fremden aufgewerteten, sondern in gleicher Weise die Verzinsung des eigenen aufgewerteten Kaptals wird dem Hauseigentümer durch die Maßnahme der preußischen Regierung gewährleistet. Hätte sich die Regierung darauf beschränkt, der Vorschrift der Dritten Steuernotverordnung zu genügen, so wäre die Verzinsung des eigenen Kapitals fortgefallen.

Im letzten Absatz des Artikels gibt der Verfasser den Steuerpflichtigen den sehr bedenklichen Rat, die für die Monate April bis Juni zu entrichtenden Aufwertungszinsen von der im Juni fälligen Steuerrate in Abzug zu bringen. Die Steuerpflichtigen können nur dringend gewarnt werden, diesem Rate zu folgen, denn sie sind nicht berechtigt, Steuerbeträge um irgendeinen Betrag zu kürzen, auch wenn sie der Ansicht sind, daß die Veranlagung unrichtig sei. Hierfür sind Rechtsmittel und Verwaltungsbeschwerden gegeben. Würde ein Steuerpflichtiger dem Rate des Artikels folgen, so müßte er gewärtig sein, daß der Fehlbetrag von ihm im Zwangswege unter Ansatz von Zuschlägen und Mahngebühren beigetrieben würde.

—oo—

Vom Büchertisch.

Alle unter dieser Rubrik besprochenen Bücher sind in der Buchhandlung von **Carl Braus** in Schwerte, Bahnhofstraße 3, zu haben.

** **Ein amtliches Luftkursbuch** ist soeben vom Reichsverkehrsministerium (Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen) herausgegeben worden und im Verlag Gebrüder Radetzki, Berlin SW. 48, erschienen. Viele unserer Leser werden überrascht sein, daß ein derartiges Kursbuch überhaupt erforderlich ist. Wenn man aber das über 100 Seiten starke Büchlein durchblättert, so sieht man die Berechtigung ein. Es enthält nämlich 40 Luftlinien, die insgesamt 23 000 Km., einschließlich der im Auslande liegenden Strecken, überfliegen. Zur Beurteilung der Gesamtstrecke muß man sich klar machen, daß der Erdumfang 40 000 Km. beträgt, und daß die Gesamtlänge der Strecken fast genau der Länge des Breitengrades entspricht, der durch das mittlere Deutschland geht. Alle Strecken aneinander gelegt, würden also in der geographischen Breite von Deutschland um die ganze Erde herumreichen.

Die Notwendigkeit der Herausgabe des Kursbuches ergab sich aus der Entwicklung des deutschen Luftverkehrs, und diese Entwicklung wieder ist zwangsläufig gegeben durch die Lage Deutschlands als zentrales Land Europas. Der Personenverkehr ist nämlich von etwa 4000 in 1920 auf über 12 000 in 1924 gestiegen, das beförderte Gewicht, und zwar nur an Post, Waren und Gepäck im gleichen Zeitraum von 12 tons auf über 155 tons, die jährliche Flugleistung von etwa ½ Million Km. auf weit über 2 Millionen Km. und die tägliche Flugleistung von etwa 3000 Km. in 1920 auf etwa 15 000 Km. in 1924. Die planmäßige Abwicklung des Verkehrs hat ihm ein solches Vertrauen eingebracht, daß für eilige Geschäftsreisen immer mehr der Luftverkehr benutzt wird. Diese Benutzung wird dadurch noch begünstigt, daß die Preise für den Luftverkehr, wie aus dem Kursbuch hervorgeht, etwa die gleichen sind, wie die der Eisenbahn bei entsprechender Bequemlichkeit.

Das Reichs-Luftkursbuch enthält noch die Eisenbahnanschlüsse für eilige Reisende, die Abfahrtstellen der Zubringer-Kraftwagen, Konsulate für Auslandsreisende, Auskunftstellen usw. Es kann durch jede Buchhandlung für 25 ℳ bezogen werden.

VORANZEIGE!

Mein

Saison-Ausverkauf

beginnt am 1. Juli.

Riesige Waren-Mengen! Enorm billige Preise!

J. KÜSTER

Das Haus der billigen Preise für Qualitätswaren



Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute morgen 11½ Uhr plötzlich und unerwartet mein guter Vater, unser lieber Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Werkmeister

Adolf Heymann

im 64. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen

Schwerte, den 23. Juni 1925.
Lohbachstr. 3.

2877

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 26. Juni 1925, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause aus. Hausandacht ½ Stunde vorher.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem plötzlichen Tode meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sprechen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus.

Ww. Helene Tertel
und Kinder.

„Freischütz"
Jeden Mittwoch, nachmittags 4—11 Uhr: 2760

Konzert
bei freiem Eintritt.

Mittwoch, den 12. August:
Marine-Militär-Konzert

Samstag, den 27 Juni
Reiter-Fest

PIANOS erste Marken Instrumente
der Firmen Förster, Leipzig Glaß, Heilbronn usw.
Bequeme monatliche Ratenzahlungen.
Pianohaus P. Gendrong, Schwerte
Privat Klepzigstr. 1 Lyzer Gr. Marktstr.



Fahrräder und Nähmaschinen

Eigene Reparaturwerkstatt. Fahrräder der Firmen **Cito- und Allright-Werke** Köln-Lindenthal und der **Phänomen-Werke** Zittau, Sachsen. Langjähr. Gar. f. Rahmenbau

Eigene Reparaturwerkstatt Nähmaschinen der weltbekannten Kochs **Adler-Nähmaschinen A. G** Bielefeld, und der **Viktoria-Nähmaschinen** Hochelegante Ausführung. Langjährige Garantie.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

A. Tondok, Hörderstr. 6
Telefon 241.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied gestern morgen kurz nach 8 Uhr plötzlich und unerwartet mein innigstgel. Mann, der treusorgende Vater meines Kindes, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel, Vetter und Neffe, der Drahtwalzer

Franz Buschhaus

im Alter von 33 Jahren an den Folgen einer Kriegsverletzung, versehen mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche

Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigt dieses tiefbetrübt an

Elisabeth Buschhaus
geb. Emmerich

Schwerte, Hagen, Langendreer, Geisecke, Frohnhausen, Erlinghausen und Rösebeck, den 23. 6. 1925

Die Beerdigung findet statt, am Donnerstag, den 25. Juni, nachm. 3 Uhr vom Marienhospital aus.

2879 Junge wachsame
Schäferhündin
preiswert zu verkaufen
Klusenweg 37

Ca. 25 Zentner alte
Speisekartoffeln
zu Futterzwecken hat abzugeben. 2887
Hasenkleverweg 23

Weiße Kartoffeln
per Zentner Mark 3.50
Kaufhaus für Lebensmittel
2874 Brückstraße 23.

Das **Geheimnis** alle Hautunreinigkeiten wie Mitesser, Blütchen, Pickeln usw. zu vertreiben besteht in täglichen Waschungen mit der echten
Steckenpferd-Carbol-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul.

Drogerie Max Mehlhose, am Postplatz.
Drogerie Wilhelm Heppe, Ostenstraße
in Westhofen: Drogerie Wilhelm Engels



Freiwillige Feuerwehr
Schwerte
Donnerstag, den 25. Juni abends 8 Uhr 2880
Uebung
Der Oberbrandmeister

Grundstücke
zu verkaufen!

In der Nähe des Rathauses, an der Hörderstraße gelegene

Baugrundstücke

unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Ztg. 2875

Bekanntmachung.

Die Feststellung des Ersatzmannes für das aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedene Mitglied Heizer Josef Falke findet am **Donnerstag, den 25. Juni 1925, nachmittags 4 Uhr,** im Magistratssitzungssaale hierselbst statt. (2878

Schwerte, den 23. Juni 1925.

Der Magistrat.

Frischer Weißkalk
zum Einlöschen vorrätig 2876
E. Homel, Schwerte